

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	entschuldigt
Herr Kai Weber	SPD	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Benjamin Karl	DIE LINKE	nicht teilgenommen
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Jan Wendt	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Holger Wolinski	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter Geschäftsbereich 4	entschuldigt
---------------------	----------------------------------	--------------

Gäste:

Herr Claes (Bereich Grünflächen zu TOP 3.4)

Herr Kneiding (Bereich Stadtentwicklung zu TOP 3.3 und 3.4)

Niederschrift:

Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.11.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Fußgängerampel Rudolf Breitscheid Straße/ Oberlinhaus verlegen
Vorlage: 14/SVV/0950
Fraktion SPD

 - 3.2 Gemeinsame Verantwortung für Wohnumfeldpflege - Modellprojekt am Schlaatz auf weitere Wohngebiete ausweiten
Vorlage: 14/SVV/0934
Fraktionen SPD, CDU/ANW

- 3.3 Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums
Vorlage: 14/SVV/0999
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
und alle OBR
- 3.4 Prioritätenliste Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
Vorlage: 14/SVV/0968
Fraktion DIE aNDERE
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.11.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 4 von 7 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 20.11.2014 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegt den Ausschussmitgliedern die Bitte der SPD-Fraktion in schriftlicher Form vor, den TOP 3.1 14/SVV/0950 Fußgängerampel Rudolf Breitscheid Straße/ Oberlinhaus verlegen, nochmals zu vertragen.

Zusätzlich gibt es die Bitte von Herrn Linke, den TOP 3.4 14/SVV/0968 Prioritätenliste Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorzuziehen, da er frühzeitig die Sitzung verlassen muss.

Der so veränderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.4 Prioritätenliste Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Vorlage: 14/SVV/0968

Fraktion DIE aNDERE

Herr Linke bringt den Antrag ein.

Herr von der Osten-Sacken begrüßt den Antrag und fragt, wieviel Flächen grundsätzlich dafür in Frage kommen?

Herr Kneiding (Bereich Stadtentwicklung) teilt mit, dass auch die Stadtverwaltung den Antrag ein Maßnahmenportfolio zu schaffen, aus welchem geschöpft werden kann, begrüßt. Jedoch sollte der Intention des Antrages nicht in Form einer starren Prioritätenliste für Ausgleichsprojekte gefolgt werden. Vorhabenbezogen ist individuell und komplex die Beurteilung erforderlich. Gesetzlich gibt es den Vorrang, naturschutzrechtliche Maßnahmen vor Ort vorzunehmen. Für darüber hinaus gehende Kompensationserfordernisse sind nach räumlich-funktionalen Gesichtspunkten gleichwertige Ersatzmaßnahmen zu bestimmen. Die Auswahl erfolgt schutzgutbezogen. Die Eingriffskompensation wird zudem in der Bauleitplanung in die Abwägung einbezogen.

Herr Kneiding ergänzt, dass die Verwaltung die Intensivierung zur Zusammenarbeit mit örtlich aktiven Kompensationsflächenanbietern zur Vorhaltung ausreichender Kompensationsflächen und –maßnahmen anstrebt, die das begrenzte kommunale eigene Maßnahmen- und Flächenangebot ergänzen. Dieser Weg wird auch aus Effizienz- und Kostengründen favorisiert, da es in der Verwaltung an organisatorischen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen fehlt. Eine Darstellung der diesbezüglichen Aktivitäten kann die Verwaltung bis Mai 2015 vorlegen.

Herr Linke äußert, dass es nicht um ein starres Gerüst gehe. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften ist natürlich notwendig. Er bittet zu dokumentieren, welche Projekte wir zu welchem Ausgleichsthema als nächstes in Angriff nehmen. Dies könne in Form einer Matrix erfolgen, warum welche Projekte wichtig für unsere Stadt sind. Herr Linke schlägt weiterhin vor, statt kleinteilige Ausgleichsmaßnahmen durchführen zu lassen, Geld zu sammeln und dann gezielt zu verwenden.

Herr Walter erinnert an einen früheren Antrag seiner Fraktion, ein Kompensationsflächenkataster einzurichten, welcher später zurückgezogen worden ist.

Herr Kneiding betont, dass Maßnahmen an Flächen im Eigentum bzw. in Verfügung der Landeshauptstadt Potsdam sehr eingeschränkt möglich sind, da es ein räumliches Gesamtproblem gebe. Aus diesem Grunde sei die Zusammenarbeit mit Kompensationspoolbetreibern sinnvoll, welche sich um die Aufbereitung und dauerhafte Pflege kümmern. Hier werden Partnerschaften gesucht, z.B. erfolgt gegenwärtig die Kontaktaufnahme mit der Sielmann-Stiftung für den Bereich der Döberitzer Heide. Mit professionellen Anbietern wurden gute Erfahrungen gemacht, so dass allein die Kontrolle durch die Verwaltung erfolgen müsse. Herr Kneiding fügt hinzu, dass jetzt schon Waldersatzflächen in der Stadt nicht mehr möglich sind. Es erfolgt der Versuch alle Belange rechtssicher in die Bauleitplanung einzubringen.

Herr Kneiding unterbreitet das Angebot darzustellen, was wir aktuell für Flächen in Potsdam haben, einschließlich der Kooperations- und Entwicklungsabsichten. Anstelle einer zusätzlichen Einbindung der Naturschutzverbände, die ohnehin in den förmlichen Verwaltungsverfahren erfolgt, sollte hinsichtlich einer Kompensationsflächenbevorratung eher eine Unterstützung durch den Naturschutzbeirat angestrebt werden. Vertreter aus den Naturschutzverbänden sind Mitglied im Naturschutzbeirat.

Zur Frage der Finanzierung berichtet Herr Kneiding, dass die Kompensationspoolbetreiber im Rahmen ihrer Dienstleistung einen festen Preis benennen, den die Stadt dann weiter reicht. Damit trägt der Kompensationspoolbetreiber das unternehmerische Risiko.

Herr Beck schlägt vor, anhand von Parametern kenntlich zu machen, welche Ausgleichsmaßnahmen gemacht werden (Erstellung einer Liste mit Wertigkeit).

Herr Linke stellt für die einreichende Fraktion DIE aNDERE den Antrag zurück bis die von der Verwaltung angekündigte Vorlage vorgelegt wird.

zu 3.1 Fußgängerampel Rudolf Breitscheid Straße/ Oberlinhaus verlegen
Vorlage: 14/SVV/0950
Fraktion SPD

Zurück gestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.2 Gemeinsame Verantwortung für Wohnumfeldpflege - Modellprojekt am Schlaatz auf weitere Wohngebiete ausweiten
Vorlage: 14/SVV/0934
Fraktionen SPD, CDU/ANW

Herr Rietz bringt den Antrag ein.

Herr Claes (Bereich Grünflächen) erinnert an den Ursprungsauftrag, den Be-

schluss DS 11/SVV/0230 - Verbesserung der Ordnung in den Neubaugebieten - in welchem der Oberbürgermeister beauftragt worden ist, „dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt in Abstimmung mit den Wohnungsunternehmen des Arbeitskreises Stadtpuren die im Eigentum der LHP befindlichen Grün- und Wegeflächen in die Initiative für eine abgestimmte Pflege- und Reinigungsstrategie im Schlaatz mit einbringt.“ Im Ergebnis dieser Initiative sollte die Stadt eine Empfehlung darüber abgeben, „ob eine Ausweitung dieser Initiative auch auf die übrigen Neubaugebiete Potsdams empfohlen werden kann.“

Die umfangreichen Abstimmungstermine und Vorbereitungen mit dem Ziel einer gemeinsamen Ausschreibung unter dem Titel 'Modellprojekt Schlaatz' konnten zwischenzeitlich abgeschlossen werden. Am 19.12.2014 findet der Submissionstermin statt. Es ist beabsichtigt, den potentiellen Auftragnehmer ab dem 01.04.2015 mit der Ausführung der Leistungen zu beauftragen.

Aussagekräftige Ergebnisse hinsichtlich der erfolgreichen Umsetzung eines einheitlichen und höherwertigen Pflegestandards liegen daher aus den genannten Gründen zurzeit noch nicht vor. Dies gilt sowohl im Hinblick auf ihre finanziellen Auswirkungen als auch auf deren dauerhafte Praktikabilität.

Die Verwaltung schlägt vor, die Erfahrungen im ersten Ausführungsjahr 2015 mit den sich daraus resultierenden Vor- und Nachteilen eines solchen Projektes abzuwarten und vor der Sommerpause 2016 berichten, ob Empfehlungen für eine Ausweitung auf andere Wohngebiete ausgesprochen werden können.

Herr Rietz bittet den Antrag nochmals zurück zu stellen, um sich bis dahin mit dem Mit Antragsteller SPD-Fraktion zum weiteren Verfahren verständigen zu können.

zu 3.3 Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums Vorlage: 14/SVV/0999

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
und alle OBR

Herr Kneiding (Bereich Stadtentwicklung) geht anhand einer Präsentation auf die Inhalte der Vorlage und die weiteren Schritte ein (Präsentation sh. Anlage).

Frau Dr. Kaduk erkundigt sich nach dem zeitlichen Rahmen.

Herr Kneiding informiert, dass die bisher Beteiligten (Ortsbeiräte, örtliche Fachverbände, wie Bauernverband, Gartenbauverband, Landschaftspflegeverein Potsdamer Kulturlandschaft) zum 18.2.15 zu einem ersten Gespräch eingeladen werden, um auf dieser Grundlage das weitere Arbeitsprofil zu erarbeiten, so dass im Jahr 2015 mit den Planungen begonnen werden kann. Hierbei wird vieles parallel laufen, um umsetzungsorientierte Projekte zu verdichten und in eine Projektförderung zu bringen.

Durch Herrn Kneiding wird ergänzt, dass die Planung nicht bei einem Stand „Null“ beginnt. Die ländliche Planung, die bereits betrieben worden ist, wird als Fundus dienen, bewertet und dann fortgeführt.

Frau Lenz informiert stellvertretend für die entschuldigten Mitglieder der SPD-Fraktion, dass diese der Vorlage zustimmen.

Nach Äußerungen weiterer Ausschussmitglieder wird die Vorlage ungeändert zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam zur Landesgartenschau („LAGA“) 2019 im ländlichen Raum Potsdams wird nicht angestrebt.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine fachübergreifende, umsetzungsorientierte Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort zu erarbeiten. Diese soll auf bereits bestehenden Planungen und Konzepten aufbauen und auf die bestmögliche Ausnutzung der speziellen Fördermöglichkeiten, insbesondere der Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds, abzielen sowie in den Prozess einer strategischen Gesamtplanung der Landeshauptstadt Potsdam eingebettet sein.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 5 Sonstiges

Keine.

Matthias Lack
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift

**Information an den SBV-Ausschuss und den KOUL-Ausschuss
zum Ergebnishaushalt 2015/2016 bzw. zum
Investitionsprogramm 2015 – 2019 einschließlich
Notwendigkeit haushaltsbegleitender
Beschlüsse des Geschäftsbereiches
Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt**

I. Ergebnishaushalt

Gesamtaufstellung des Teilhaushalts des GB 4

	Ergebnisplanung 2014 in €	Ergebnisplanung 2015 in €	Ergebnisplanung 2016 in €
Ertrag	78.321.900	89.047.400	89.289.600
Aufwand	117.964.800	135.495.100	136.467.600
Zuschuss	41.429.000	46.447.700	47.178.000

Die wesentlichen Schwerpunkte bei den Erträgen und Aufwendungen zum Ergebnishaushalt 2014/2015 ergeben sich wie folgt:

A. Fachbereich 42 – Kataster und Vermessung

Teilergebnishaushalt (Budget)

aus laufender Verwaltungstätigkeit	Ansatz 2015 in €	Ansatz 2016 in €
Ertrag (Zeile 10)	1.263.200.	1.236.900
Aufwand (Zeile 17)	2.825.200	2.849.700
Zuschuss (Zeile 10.-17.)	1.562.000	1.612.800

Produkt 511 01 Kommunale Vermessung und Geobasisdaten

Die Aufwendungen dienen der Bereitstellung der erforderlichen vermessungstechnischen Leistungen für den Bedarf der Stadtverwaltung, insbesondere für die Bauleitplanung, den Grundstücksverkehr und die kommunalen Bauvorhaben, sowie der Laufendhaltung und Verbesserung der Aktualität der digitalen Geobasisdaten für alle raumbezogenen Aufgaben der Stadt. Des Weiteren werden die Aufgaben zur Bodenordnung (Umlegungsverfahren) und der kommunalen Grundstücksbewertung entsprechend des aktuellen Bedarfs weitergeführt. Die Aufwendungen der Fachbereichsleitung sind in das Produkt 51101 integriert.

Produkt 511 02 Liegenschaftskataster und Landesvermessung

Das Land erstattet einen Teil der Aufwendungen für die Pflichtaufgaben als Katasterbehörde und des Gutachterausschusses für Grundstückswerte. Aufgrund von Personalanpassungen kann der sich jährlich verringernde Zuschuss des Landes weitgehend ausgeglichen werden, so dass das Produktbudget mit einem relativ geringen Zuschussbedarf abschließt. Bei positiver Entwicklung der Erträge besteht die Aussicht, ohne kommunale Eigenanteile die Pflichtaufgaben zu erfüllen.

B. Fachbereich 44 – Fachbereich Bauaufsicht und Denkmalpflege

Teilergebnishaushalt (Budget)

aus laufender Verwaltungstätigkeit	Ansatz 2015 in €	Ansatz 2016 in €
Ertrag (Zeile 10)	3.215.700	3.263.200
Aufwand (Zeile 17)	7.409.700	7.683.100
Zuschuss (Zeile 10.-17.)	4.194.000	4.419.900

Produkt 52100 (Bereich untere Bauaufsichtsbehörde)

Hauptschwerpunkt des Produktes bilden die Erträge aus Verwaltungsgebühren (2015: 2,30 Mio. €, 2016: 2,35 Mio. €).

Diese aus den Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Baugenehmigungen resultierenden Erträge wurden auf Grundlage der Erträge der vergangenen Jahre kalkuliert. Hier wurde ein deutliches Planungsrisiko in Bezug auf die nicht zu kalkulierende Antragsmenge eingegangen. Die weitere Entwicklung der Bautätigkeit muss insbesondere im Hinblick auf die Planungen der Folgejahre intensiv beobachtet werden.

Produkt 52300 (Denkmalschutz und Denkmalpflege)

Weitere Sachaufwendungen und Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

Die Sachaufwendungen enthalten die Aufwendungen für Ausstellungen und für die gesetzlich vorgeschriebene Ersatzvornahme bei denkmalgeschützten Häusern. Ferner sind hierzu Sachaufwendungen für die stadtgeschichtliche Dokumentation, die Beauftragung Dritter und die Restaurierung von Bauplänen enthalten. Hinter der Position „Unterhaltung der sonstigen unbebauten Grundstücke“ verbirgt sich die Zuwendung für Pflege- und Unterhaltungsarbeiten für den Jüdischen Friedhof, zu 100% eine Landeszuweisung.

Produkt 53710 (Bodenschutz/ Altlasten)

Das Produkt ist sowohl ertrags- als auch aufwandsseitig durch Ersatzvornahmen (u.a. Grundwassersanierung Grundstück ehemaliger Chemieverwaltung) geprägt. Weitere das Produkt kennzeichnende Aufwendungen sind für die Rekultivierung der Deponie Paaren (u.a. gutachterliche Begleitung und Baumaßnahmen, die durch die Inanspruchnahme der Rückstellung [negativer Aufwand] kompensiert werden) und sonstige Altlastenuntersuchungen im Rahmen der Wahrnehmung behördlicher Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung (u.a. Gefährdungsabschätzung nach Prioritäten des Altlastenkatasters) eingeplant.

Risikobehaftet ist in diesem Produkt insbesondere die Refinanzierung behördlicher Ersatzvornahmen, da entweder keine Verpflichteten herangezogen werden können (z.B. bei herrenlosen Grundstücken) oder sich der Verpflichtung entzogen wird (z.B. Insolvenz).

In diesem Zusammenhang entstehende Mindererträge müssen zur Ergebniserreichung gegebenenfalls durch entsprechende Minderaufwendungen kompensiert werden.

Produkt 55400 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Das Hauptaugenmerk dieses Produktes liegt ertragsseitig in der Umsetzung der Potsdamer Baumschutzverordnung. Neben den Verwaltungsgebühren für Baumfällgenehmigungen sind auch Erträge für Baumersatz eingeplant, die dem FB 47 dann für Neupflanzungen zur

Verfügung stehen. Darüber hinaus wird auch zukünftig von Zuwendungen des Landes für übertragene Aufgaben im bisherigen Umfang ausgegangen.

Neben vielen kleineren Positionen (Planansätze zwischen 500 € und 3.000 € - u.a. für Unterhaltung von Grundstücken und spezielle Ausstattung im Zusammenhang mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Fachliteratur, Naturschutzhelfer und -beirat, Mitgliedsbeitrag) sind noch Aufwendungen für naturschutzrechtliche Gutachten und Untersuchungsleistungen im Rahmen der Wahrnehmung behördlicher Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung eingeplant.

Produkt 55500 (Land- und Forstwirtschaft)

Dieses Produkt kann ertragsseitig unberücksichtigt bleiben. Auftragsseitig ist es durch die Vereinbarung zur Übernahme von Aufgaben auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Förderung mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und der Entwicklung des ländlichen Raumes (u.a. Mitgliedschaft LAG Havelland und Aufwendungen Regionalmanagement an LAG Havelland) geprägt.

Produkt 5610000 (Umweltschutzmaßnahmen)

Das Produkt Umweltschutzmaßnahmen umfasst abfall-, wasser- und immissionsschutzrechtliche Belange.

Ertragsseitig wird von gleichbleibenden Erträgen aus Zuwendungen des Landes für übertragene Aufgaben ausgegangen. Zudem sind Verwaltungsgebühren aus wasserrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Bescheiden sowie Erträge aus Ersatzvornahmen (in Höhe der geplanten Aufwendungen) berücksichtigt worden.

Auch hier besteht das Risiko der Refinanzierung behördlicher Ersatzvornahmen, da entweder keine Verpflichteten herangezogen werden können (z.B. bei herrenlosen Grundstücken) oder sich der Verpflichtung entzogen wird (z.B. Insolvenz). Gegebenenfalls entstehende Mindererträge müssen dann durch entsprechende Minderaufwendungen kompensiert werden.

Aufwandsseitig wird das Produkt durch Aufwendungen für die Rekultivierung der Deponie Golm, Aufwendungen für Gutachten und Untersuchungen im Rahmen der Lärmaktionsplanung, Aufwendungen für Ersatzvornahmen, Aufwendungen für abfall- und wasserrechtliche Gutachten und Untersuchungsleistungen sowie durch Aufwendungen für externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen des B-Planes 129 „Nördlich in der Feldmark“ geprägt.

C. Fachbereich 46 - Stadtplanung und Stadterneuerung

Teilergebnishaushalt (Budget)

aus laufender Verwaltungstätigkeit	Ansatz 2015 in €	Ansatz 2016 in €
Ertrag (Zeile 10)	4.691.300	5.680.400
Aufwand (Zeile 17)	12.334.700	13.132.500
Zuschuss (Zeilen 10.-17.)	7.643.400	7.452.100

Das Budget des FB 46 schließt mit gegenwärtigen Planungsstand mit einem um ca. 1 MIO EURO geringeren Zuschussbedarf im Vergleich zur ursprünglichen Finanzplanung (Grundlage HH-Plan 2013) ab. Dies resultiert fast ausschließlich aus Einmaleffekten im Rahmen von Betrachtungsänderungen in Bezug auf Abschreibungen und Sonderposten. Die aufgeführten Kennzahlen entsprechen, soweit sie nicht reine Rechengrößen sind, den Zuarbeiten des Fachbereiches.

Erträge:

Die im Haushalt veranschlagten Erträge resultieren fast ausschließlich aus nicht direkt durch den Fachbereich beeinflussbaren Auflösungen von Sonderposten im Bereich der Stadterneuerung bzw. damit in Zusammenhang stehenden pauschalen Ertragszuordnungen (2015: 4,6 Mio. €; 2016: 5,5 Mio. €).

Personalaufwand:

Im Stellenplan wurden die zu erwartenden Änderungen für 2015 als Planungsgrößen eingearbeitet.

Die personellen Rahmenbedingungen sind grundsätzlich die aktuell kritischere Begrenzungsgröße für die Erfüllung von Aufträgen der Stadtverordnetenversammlung als die Verfügbarkeit von (ergänzenden) Sachaufwendungen.

Sachaufwendungen:

Der eng gesetzte Rahmen im Bereich der Sachaufwendungen konnte nur durch sehr knappe Kalkulationen und stringente Prioritätensetzung erreicht werden.

Neben den Aufwendungen für die laufende Verwaltungstätigkeit wie z.B. Miete und Betriebskosten (104.900 €) und innere Verrechnungen für Geschäftsausgaben und IT-Technik (239.200 €), die durch die Fachbereiche nach wie vor nur sehr eingeschränkt beeinflussbar sind, werden die Aufwendungen des Bereiches durch sonstige ordentliche Aufwendungen und hier insbesondere durch die sonstigen Planungsleistungen und die sonstigen Sachverständigenkosten der Produkte Stadtentwicklung, Verkehrsentwicklung und Bauleitplanung geprägt.

Die Kernpunkte dieser Planungen sind für das Jahr 2015:

Produkt 51103 (Stadtentwicklung)

- Wohnungspolitisches Konzept (anteilig) 10.000 €
- Konzepte Stadtentwicklung 2015:
Stadt-Umland-Wettbewerb, Strategieplanung
ländlicher Raum (anteilig, mit Förderung),
Evaluiierung Richtlinie Kostenbeteiligung
(Genauere Aufwendungen abhängig von Vergabe) insges. 100.000 €

- o Sportflächenkonzept Eiche/Golm mit FB 21
(im Haushalt FB 21 geplant)

Produkt 51107 (Verkehrsentwicklung)

- o Maßnahmen Mobilitätsoffensive 240.000 €
- o Konzepte Verkehrsentwicklung :
Fußverkehrskonzept, Mobilitätsagentur,
Carsharing-Konzept, Wetzlaer Straße
(genaue Aufwendungen abhängig von der Vergabe) 320.000 €

Produkt 51104 (Planungsrecht)

- o Aufwendungen für den Gestaltungsrat 81.600 €

Produkt 511041 (Bauleitplanung)

- o Durchführung Wettbewerbe 2015 100.000 €
- o Erstellung B-Pläne Priorität 1 100.000 €
- o Fachgutachten B-Pläne Priorität 1 20.000 €

Produkt 51106 (Stadterneuerung)

- o Doppelte Grunderwerbssteuer 247.000 €
- o Kramnitz mit Geschäftsbesorgung 100.000 €

D. Fachbereich 47- Grün- und Verkehrsflächen

Teilergebnishaushalt (Budget)

aus laufender Verwaltungstätigkeit	Ansatz 2015 in €	Ansatz 2016 in €
Ertrag (Zeile 10)	79.324.300	78.552.800
Aufwand (Zeile 17)	108.947.500	108.835.900
Zuschuss (Zeile 10.-17.)	29.623.200	30.283.100

Produkt 12203 Straßenverkehrsangelegenheiten

	<u>Ertrag</u>	<u>Aufwand</u>	<u>Zuschuss</u>
2013	885.100 €	1.138.500 €	253.400 €
2014	935.100 €	1.099.200 €	164.100 €
2015	1.050.100 €	1.115.500 €	65.400 €
2016	1.100.100 €	1.134.900 €	34.800 €

Dieses Produkt beinhaltet die Verkehrssicherheit und -lenkung (Arbeit der Straßenverkehrsbehörde), d.h., die Prüfung des Verkehrsablaufs, Anordnung von Verkehrszeichen und -einrichtungen, Maßnahmen zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten, Erteilung von Erlaubnissen und Anordnungen zur Einrichtung von Baustellen und sonstigen Straßensondernutzungen, Parkerlaubnisse, Verkehrsorganisation bei Großereignissen und sonstige Veranstaltungen im öffentlichen Straßenland, Taxi- und Mietwagenkonzessionen, Ausnahmegenehmigungen von Verkehrsvorschriften, Anordnung von Verkehrsunterricht, Ertragssteigerung wird nach Erarbeitung einer neuen Sondernutzungssatzung erreicht.

Produkt 54100, 54300, 54400 Gemeinde-, Landes- und Bundesstraßen

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie sonst. ordentl. Aufwendungen (Kontengruppe 52 und 54)

- Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze (DK 4315)

2013	2.631.700 €
2014	3.354.700 €
2015	3.631.300 €
2016	3.659.500 €

Der Ansatz für die Unterhaltung übersteigt den des Vorjahres, um sukzessive die Pflichtaufgabe des planmäßigen Straßenerhaltes gewährleisten zu können. Es sind auf Grund des bestehenden erhöhten Verschleißes vordringlich Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und nur Teilflächensanierungen möglich. Auch der reduzierte Ansatz im Investitionshaushalt kann damit nicht kompensiert werden.

Der Instandhaltungsrückstau kann damit verringert werden. Der Ansatz liegt aber mit den Ansätzen für 2015 und 2016 noch unter dem erforderlichen Niveau für einen Erhalt des Infrastrukturvermögens der Stadt.

Ein Teil des Planansatzes wird ab 2015 mit Sperrvermerk in Abhängigkeit der Ertragserwirtschaftung aus Gebühren der Parkraumbewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Gegenwärtig weist der Sperrvermerk noch 595 TEUR aus. Da aber der Wegfall des Parkplatzes Babelsberger Straße wegen Bebauung die Planansätze im Unterprodukt 5460000 aufwandseitig mit 120 TEUR bereits neutralisiert worden ist, muss der Sperrvermerk auf 475 TEUR verringert werden.

Wichtige Maßnahmen neben der Gefahrenabwehr auf Fahrbahnen und Gehwegen:
Neuendorfer Straße/Straße zum Kirchsteigfeld, Rampen/L40 AS Neuendorfer Straße,
Wohngebiet Am Neuen Garten, Potsdamer Straße/Schulplatz

- Realisierung Radwegekonzept (DK 4370 und 4372)

2013	180.000 €
2014	548.000 €
2015	505.000 €
2016	505.000 €

Verwendung für die Herstellung der Wege sowie Beschilderung und Markierung gemäß der Prioritäten aus den Beschlüssen der SVV zum Radverkehrskonzept/-Strategie sowie der Mittelbereitstellung lt. dem Programm Fahrradinfrastruktur

Wichtige Maßnahmen neben der Gefahrenabwehr:

Beseitigung von Wurzelschäden, Schulplatz Potsdamer Straße, Betriebskosten
Fahrradstation, Zeppelinstraße

- Behindertengerechte Herstellung der Verkehrsanlagen gemäß Abkommen Barcelona (DK 4371)

2013	80.000 €
2014	80.000 €
2015	80.000 €
2016	80.000 €

Für die Umsetzung von Maßnahmen gemäß dem Abkommen von Barcelona, Prioritäten in Abstimmung mit den Behindertenverbänden.

- Unterhaltung der Verkehrslenkungsanlagen (DK 4317)

2013 1.330.200 €
2014 1.377.000 €
2015 1.443.500 €
2016 1.443.500 €

Wartung und Unterhaltung der Verkehrsmanagementsysteme, bestehend aus: Verkehrsrechner mit Messstellen, Verkehrsbeschilderungen, Fahrbahnmarkierungen, Wegweisungen, Lichtsignalanlagen (u.a. Dienstleistungsvertrag mit den Stadtwerken Potsdam) inkl. Stromversorgung sowie Anpassungen an Fahrpläne ÖPNV, dynamische Verkehrsinformationsanzeigetafeln, Verkehrstechnische (Sicherheits-) Untersuchungen, verkehrsorganisatorische Schulwegsicherungsmaßnahmen sowie zur Unfallverhütung. Ab 2015 sind aus diesem Deckungskreis 50 TEUR für die Absicherung von Veranstaltungen privater Dritter gem. § 29 StVO und VwV-StVO bereitzustellen, die von diesen zu erstatten sind.

- Straßenbeleuchtung (DK4319)

2013 2.754.100 €
2014 2.872.400 €
2015 2.991.400 €
2016 2.991.400 €

Unterhaltung, Betrieb und Verkehrssicherung
Plandaten entsprechen dem Entwurf der 2. Änderung des im Dezember 2009 abgeschlossenen Dienstleistungsvertrages mit den Stadtwerken Potsdam. Mögliche Mengenanpassungen und Energiepreisänderungen aufgrund gesetzlicher Regelungen und geänderter Bezugskosten sind nicht eingeschlossen.

- Unterhaltung Straßenbäume- und Straßenbegleitgrün (2013 und 2015: DK 4313 und 4314, ab 2015: zusammengefasst im DK 4313)

2013 926.600 €
2014 897.600 €
2015 1.053.800 €
2016 1.053.800 €

Verkehrssicherung an Straßenbäumen und im straßenbegleitenden Grün wie Schnitтарbeiten vor allem Totholz beseitigung und Fällungen sowie auch Begutachtung von geschädigten Bäumen.

2013 beinhalteten 100.000 € und 2014 60.000 € für die Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners.

Generell verursacht das zunehmende Schädlingsspektrum steigende Aufwendungen. Die Verwendung von Ausgleichszahlungen für Baumpflanzungen wird im Unterproduktkonto 5410002.5221900 dargestellt.

- Oberflächenentwässerung (DK 4310)

2013 3.025.000 €
2014 3.075.000 €
2015 3.125.000 €
2016 3.175.000 €

Aufwendungen (inkl. Abschreibungen und anteiliger Niederschlagswasserabgabe) für die Oberflächenentwässerung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze gemäß bestehenden V+E-Vertrag mit der EWP GmbH.

- Verkehrssicherung an Ingenieurbauwerken (DK 4316)

2013 342.000 €
2014 337.000 €
2015 337.000 €
2016 337.000 €

Unterhaltung von Brücken, Treppen, Durchlässen

Die Unterhaltung von Brücken, Treppen und Durchlässen ist mit dem vorhandenen Budget nur eingeschränkt möglich. Die Arbeiten beschränken sich im Wesentlichen auf die pflichtige Bauwerksprüfung und Baumaßnahmen zur Gefahrenabwehr.
Bauwerksprüfungen und daraus resultierende Instandsetzungsarbeiten,
Rissanierung, Graffitibeseitigung

Produkt 52301 Unterhaltung Denkmale und Kunstobjekte

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie sonst. ordentl. Aufwendungen
(Kontengruppe 52 und 54)

- Aufwendungen für Sanierungen Denkmale aus Fremdmitteln (DK 4357)

2013 85.000 €
2014 45.000 €
2015 45.000 €
2016 45.000 €

Verwendung von Spenden des Rotary-Clubs und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz für Neptunbassin Lustgarten und Kolonnaden Glienicker Brücke, Höhe abhängig vom tatsächlichen Spendeneingang

- Unterhaltung Denkmale und Kunstobjekte (DK 4328)

2013 195.500 €
2014 195.000 €
2015 195.000 €
2016 188.000 €

Verkehrssicherung und Gefahrenbeseitigung an Denkmälern und Kunstobjekten im öffentlichen Verkehrsraum. Schwerpunktmaßnahmen 2015 und 2016 sind die Wiederaufstellung der Weltkugel, die Anbringung des Flugschiffes und die Sanierung des Obelisk in der Schopenhauerstraße

Produkt 55100 Öffentliches Grün/Landschaftsbau

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie sonst. ordentl. Aufwendungen
(Kontengruppe 52 und 54)

- Unterhaltung von Bäumen in Grünanlagen (5510000.5221200)

2013 290.000 €
2014 277.900 €
2015 280.000 €
2016 280.000 €

Verkehrssicherung und Gefahrenbeseitigung – Ansatz reicht nur für Gefahrenbeseitigung
Zunehmendes Schädlingspektrum und steigende Aufwendungen für EPS-Bekämpfung

- Unterhaltung Kinderspielplätze (DK4311)

2013 290.000 €
2014 290.000 €
2015 290.000 €
2016 290.000 €

Gefahrenbeseitigung, Wartung, Prüfung der Kinderspielgeräte, Unterhaltung der Ballspiel- und Sandflächen inkl. Bereitstellung Material. Der Ansatz reicht nur für Gefahrenbeseitigung. Durch die allgemeine Preisentwicklung und die steigende Anzahl von Spielplätzen (zurzeit 136 Stk.) wird der Unterhaltungsstandard weiter abnehmen.

- Unterhaltung Grünanlagen (DK4312)

2013 1.311.900 €
2014 1.324.500 €
2015 1.505.900 €

2016 1.475.100 €

Verkehrssicherung und Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen. Damit soll die öffentliche Wahrnehmung von Pflegeleistungen verbessert werden und die Sauberkeit städtischer Grünflächen gesichert werden.

- Potsdams Neue Gärten (DK 4329)

2013 1.844.500 €

2014 1.844.500 €

2015 2.223.500 €

2016 1.913.500 €

Betreibung des Volksparks Bornstedter Feld sowie des Neuen Lustgartens

Der Planansatz berücksichtigt 2015 193,5 TEUR für grundlegende Instandhaltungsleistungen an den Anlagen im Volkspark wie Rissanierung im Rutschenterrain oder Holzschutzmaßnahmen an Holzbänken, Optimierung der Bewässerungsautomatik usw.

Produkt 54600 Parkeinrichtungen

- Erträge aus Benutzungsgebühren

2013 2.750.000 €

2014 2.900.000 €

2015 3.300.000 €

2016 3.300.000 €

Erwirtschaftung der geplanten Erträge auf Basis neuer Parkgebührensatzung und räumlicher Erweiterung (Aufstellung weiterer PSA) im Stadtgebiet (z.B. Babelsberg oder Brandenburger Vorstadt)

- Bewirtschaftung Parkscheinautomaten (DK 4318)

2013 489.200 €

2014 499.200 €

2015 387.700 €

2016 387.700 €

Mit dem Wegfall des Parkplatzes Babelsberger Straße entfallen vertragsgemäße Zahlungsverpflichtungen, so dass gegenüber der mittelfristigen Planung 2015 hier 120 TEUR weniger veranschlagt werden können.

Vorgesehen ist die Evaluation der Parkraumbewirtschaftung sowie ggf. Erarbeitung einer neuen Parkgebührenordnung und die Überarbeitung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes.

Produkt 54502 Winterdienst (alt)

Produkt 54501 Straßenreinigung und Winterdienst (neu)

Gegenüberstellung (in €)

	<u>Erträge</u>	<u>Aufwendungen</u>	<u>Zuschuss</u>
2013	3.991.300	6.011.100	2.019.800
2014	3.751.800	5.973.900	2.222.100
2015	3.818.600	5.905.000	2.086.400
2016	3.818.600	5.906.500	2.087.900

Die Planung basiert auf der Gebührenkalkulation für 2014/2015.

Für den Kalkulationszeitraum 2016/17 wird 2015 die neue Satzung mit der Gebührenkalkulation erarbeitet.

Produkte 55301/55302 Friedhof, Krematorium

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie sonst. ordentl. Aufwendungen (Kontengruppe 52 und 54) = DK 4330

2013	607.200 €
2014	616.000 €
2015	616.000 €
2016	616.000 €

Aufwendungen für die Durchführung von Erd- und Feuerbestattungen, Urnenbeisetzungen, Unterhaltung, Betrieb und Verkehrssicherung der Friedhöfe, Feierhallen und Krematorium

Produkte 53300/53800 Trink- und Abwasser

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie sonst. ordentl. Aufwendungen (Kontengruppe 52 und 54) = DK 4326 und 4327

	<u>Trinkwasser</u>	<u>Abwasser</u>
2013	18.761.000 €	34.758.000 €
2014	19.065.500 €	34.452.000 €
2015	21.103.600 €	36.673.600 €
2016	21.103.600 €	36.673.600 €

Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung gemäß V+E-Vertrag mit der EWP GmbH
Die Planung basiert auf der Gebührenkalkulation für 2013/2014. Für den Kalkulationszeitraum 2015/16 ergibt sich ein Beibehalten der Trink- und Abwassergebühren. Die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung erfolgt gemäß V+E-Vertrag durch die EWP GmbH.

II. Investitionshaushalt

Fachbereich 42 – Vermessung und Kataster

- Produkt 511 01 kommunale Vermessung und Geobasisdaten

Zuschussbedarf 2015/2016: 4.000 €

Die Planansätze im Investitionsprogramm ergeben sich im Wesentlichen aus der Durchführung von Bodenordnungsverfahren (Baulandumlegungen). Ausgaben für die laufenden Verfahren können nur in Höhe der tatsächlichen Einnahmen (Erhebung von Ausgleichsbeträgen) getätigt werden, so dass sich hierfür kein Zuschussbedarf ergibt. Für die Beschaffung und Ersatzbeschaffungen von Lizenzen, Fachausstattungen und Vermessungsgeräten für die Aufgaben der kommunalen Vermessung sind 4.000 € eingeplant.

- Produkt 511 02 Kataster und Landesvermessung

Die geplanten Aufwendungen in Höhe von 27.000 € umfassen die laufenden Kosten für die Ersatzbeschaffung von Messtechnik, die Beschaffung von IT und Lizenzen für die Wahrnehmung der Pflichtaufgaben nach dem Vermessungsgesetz und nach der Gutachterausschussverordnung. Die Ausgaben sind durch die Investitionszuschüsse des Landes voll gedeckt, es ist kein kommunaler Eigenanteil erforderlich.

Fachbereich 46 - Stadtplanung und Stadterneuerung

1. Unterprodukt 5110610 Städtebauförderung – D-Programm

Vorrangig werden die Mittel in der Potsdamer Mitte (Unterprodukt 5110610) eingesetzt. Hier wird es in erster Linie um die weitere Konkretisierung und Umsetzung des Leitbauteilkonzeptes für die Quartiere III und IV (derzeitiger Standort Fachhochschule), die Vorbereitung des Abrisses der Fachhochschule, die Planung des Straßenneubaus der Brauerstraße und des östlichen Gehwegs in der Humboldtstraße, die bauliche Umsetzung der Neugestaltung von Otto-Braun-Platz und Uferpromenade an der Alten Fahrt, die Vorbereitung der Wiederherstellung der Plantage, die weitere Entwicklung im Bereich des Langen Stalls und der ehemaligen Feuerwache, die Wiederaufstellung der sogenannten Ringerkolonnade am Steubenplatz sowie die Durchführung und Auswertung der „Planungswerkstatt im Dialog – Lustgarten“ gehen.

Die Sanierungsgebiete Babelsberg Nord und Süd, Schiffbauergasse, Stadterweiterung Nord und Holländisches Viertel sollen in den nächsten Jahren abgeschlossen werden; dies spiegelt sich in auslaufenden Finanzierungstranchen.

2. Unterprodukte 511604 und 5110607

Städtebauförderung - Förderprogramm Soziale Stadt

Der maßgebliche Mitteleinsatz erfolgt zur Sicherung der Gesamtmaßnahmen Stern/Drewitz (Unterprodukt 511604) und Schlaatz (Unterprodukt 5110607). Dabei hat die Realisierung der „Gartenstadt Drewitz“ für die Landeshauptstadt weiter höchste Priorität. Die eigentümerunabhängige Mieterberatung wird fortgeführt. Ein Sanierungsmanagement ist in Zusammenarbeit mit der Energie- und Wasser Potsdam GmbH und der ProPotsdam unter Verwendung von KfW-Mitteln eingerichtet, um das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept Drewitz umzusetzen. Der letzte Abschnitt des bereits zu einem Großteil umgesetzten „Grünen Kreuzes“ wird realisiert und die Fuß- und Radwegeverbindungen in die benachbarten Stadtteile verbessert. Die sozialverträgliche Sanierung und Modernisierung der Wohngebäude der ProPotsdam in der sog. „Rolle“ wird in einzelnen Bausteinen gefördert.

Für den Schlaatz wird mit geringerem Mitteleinsatz die Nachhaltigkeit der bereits geförderten Vorhaben über vorrangig nicht investive Maßnahmen sichergestellt. Basis hierfür bildet das gemeinsam mit den Akteuren vor Ort erarbeitete Verstärkungskonzept.

Fachbereich 47 – Grün- und Verkehrsflächen

- Zur Umsetzung des Radverkehrskonzepts wird auf den nachstehenden Punkt III A der haushaltsbegleitenden Beschlüsse sowie auf Seite 121 des Vorberichts in Teil 1 zum HH-Plan 2015/2016 verwiesen.
- Umbau Leipziger Dreieck/Leipziger Straße

Auszahlung 2016-2019: 5.982.800 €

Einzahlung 2018-2019: 1.900.000 €

Im StEK Verkehr wird unter dem Punkt des Handlungsfeldes Szenario Nachhaltige Mobilität 2025 unter anderem der Umbau des Leipziger Dreiecks mit veränderter Verkehrsführung Leipziger Straße und Brauhausberg benannt.

Weiterhin ist die Leipziger Straße ein Hot Spot im Luftreinhalteplan sowie Lärmaktionsplan.

Die Umgestaltung des Leipziger Dreiecks ist das Ergebnis zur Beplanung des Brauhausberges und der Speicherstadt (Bebauungspläne 36-1 und 36-2). Die in der integrierten verkehrlichen und städtebaulichen Untersuchung getroffenen Annahmen und Feststellungen mündeten letztendlich in die Erarbeitung einer völlig neuen Konzeption zur Verlagerung des Havariegleises aus der Heinrich Mann Alle (HMA) in die Friedrich-Engels-Straße.

- Sanierung von Spielplätzen

Auszahlung 2015-2019: 670.000 €

Die Stadt Potsdam verfügt über ca. 140 öffentliche Spielplätze und –anlagen. Vordringlich sind folgende Maßnahmen geplant.

- Spielgeräteersatz zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit (z.B. Freundschaftsinsel)
- Ersatz von Spielgeräten auf hochfrequentierten Spielplätzen und damit Erhalt des Ausstattungsstandards (z.B. Hans-Grade-Ring, Flotowstr., Thaerstr., Flotowstr.)
- Ersatz von Spielgeräten, die mit Fördermitteln finanziert wurden und durch Vandalismus oder Verschleiß abgebaut wurden (z.B. Zentrum Ost, Nuthepark)
- Ankauf von Grundstücken und Neubau von Spielplätzen in Ortsteilen, die noch keinen Spielplatz aufweisen (z.B. Paaren, Klein-Glienicke)
- Umsetzung von B-Plänen bzw. Gestaltplänen (z.B. Quartierspark Hügelweg, Grünzug Horstweg, Fahrland-Upstallgraben)
- Grundsaniierung von Spielplätzen in Quartieren mit Zuzug von jungen Familien (z.B. Waldstadt I, Teltower Vorstadt)

- Templiner Straße

Auszahlung 2015-2017 : 2.920.000 €

Einzahlungen 2015-2017: 2.250.000 €

Die Templiner Straße ist eine wichtige Verbindung der Stadt Potsdam mit dem Umland. Sie befindet sich in einem schlechten Zustand.

Eine Instandsetzung über den laufenden Aufwand ist für die Templiner Straße nicht realistisch, da es sich allein außerorts um eine Gesamtlänge von ca. 4 km handelt. Innerorts besteht Ausbaubedarf auf einer Strecke von weiteren 700 m.

Eine grundhafte Sanierung der Straße ggf. in Teilabschnitten ist umsetzbar, wenn Fördermittel positiv bewilligt werden und sich die Gemeinde Schwielowsee an den Kosten beteiligt.

- Erschließung B-Plan 21 Potsdamer Chaussee OT GG

Auszahlung 2016-2018: 425.000 €

Einzahlung 2016-2018: 425.000 €

Nachrichtlich aus Vorjahren: 400.000 €

Der Bebauungsplan wurde per Satzung im April 2014 beschlossen.

Die öffentlichen Straßen (Planstraßen C und D) sowie der Grüne Weg werden durch die Landeshauptstadt Potsdam hergestellt.

Dem Bereich Verkehrsanlagen liegt eine Vorplanung für die erforderlichen Erschließungsmaßnahmen vor.

Basierend auf diesen Unterlagen ist eine Beauftragung der weiteren Planungsschritte für die Leistungsphasen 3 bis 7 erforderlich, die für den Bau der Verkehrsanlagen unabdingbar sind. Für die Erteilung einer Baugenehmigung ist der Nachweis einer gesicherten Erschließung erforderlich, die erst mit den oben beschriebenen Erschließungsmaßnahmen erbracht wird.

III. Umsetzung haushaltsbegleitender Beschlüsse

A. Übersicht zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes

Angaben in EUR

Haushaltsplan (Entwurf)	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2015-2019
Planung Ergebnishaushalt (Sachausgaben ohne Personalaufwand)	250.200	583.200	545.000	545.000	545.000	554.100	554.100	2.743.200
Invest-Eigenmittel	479.100	758.000	800.000	800.000	992.900	400.000	400.000	3.392.900
Invest-Fördermittel	0	1.995.485	167.100	50.000	0	1.200.000	1.200.000	2.617.100
geplantes Gesamtbudget	731.313	3.336.685	1.512.100	1.395.000	1.537.900	2.154.100	2.154.100	8.753.200

In 2014 konnten mit einem Budget von 3.336.685 EUR u. a. folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

investiv:

- Neubau von Wegen oder deren grundhafte Erneuerung, darunter u.a.: 2.753.485 €

Lindenallee/ Am Urnenfeld
 Uferweg Templiner See (Abschnitt Kastanienallee – Im Bogen)
 Uferweg Leipziger Straße – Hermannswerder

konsumtiv:

- Partielle Erneuerung von Straßen und Wegen, Fahrbahnaufweitungen sowie andere bauliche Maßnahmen auf den prioritären Routen 493.000 €
- Fahrbahnmarkierung, Anpassungen von Lichtsignalanlagen 55.000 €
- Konzepte, Planungsleistungen und Öffentlichkeitsarbeit 35.200 €

In 2015 sollen mit einem Gesamtbudget von 1.512.100 € u.a. folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

investiv:

- Neubau von Wegen oder deren grundhaften Erneuerung u.a.: 967.100 €
- Uferweg Templiner See (Abschnitt Seminaris-Hotel)
 Fahrradabstellanlage Bahnhof Charlottenhof
 Radweg von Wetzlarer Bahn bis Neuendorfer Straße (Planung)
 Fuß-/ Radbrücke zwischen Potsdam und Werder (Planung)
 Radschnellverbindungen entspr. Machbarkeitsuntersuchungen/
 Fortschreibung Radverkehrskonzept (Planung)

nachrichtlich als zusätzliche investive Maßnahme:

- Fahrradstation Potsdam Hauptbahnhof (Finanzierung durch Fördermittel und Stellplatzablösebeträge)

konsumtiv:

- Partielle Erneuerung von Straßen und Wegen, Fahrbahnaufweitungen sowie andere bauliche Maßnahmen auf den prioritären Routen 450.000 €
- Fahrbahnmarkierung, Anpassungen von Lichtsignalanlagen 55.000 €
- Konzepte, Planungsleistungen und Öffentlichkeitsarbeit 40.000 €

B. Mittelbedarf Unterhaltung Natursteinpflaster

- **08/SVV/0665 Strategie und Konzept zum weitestgehenden Erhalt von Natursteinpflasterstraßen**

1. Bauliche Maßnahmen 2012 und Planung 2013/ 2014

In der beigefügten Tabelle – **Anlage 1** – sind alle Maßnahmen der Jahre 2012- 2014 an Straßen mit Natursteinbefestigungen aufgeführt. Ergänzend wird im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen auch über **Straßenausbaumaßnahmen** informiert.

2. Gewährleistung/Mangelbeseitigung

In der Maulbeerallee sind partielle Pflasterschadensbereiche aufzunehmen und neu zu versetzen. Im gesamten Stadtgebiet sind vorhandene Pflasterflächen sukzessive nachzusanden und zu verfugen. Verwerfungen im Pflaster sind auszubessern.

3. Pflasterleitfaden 2011 der Landeshauptstadt Potsdam

Der Pflasterleitfaden 2011 der Landeshauptstadt Potsdam ist seit September 2011 im Handel erhältlich.

Hierbei gab es neben dem Bedarf der oft in Potsdam arbeitenden Firmen Nachfragen aus vielen Berliner Stadtbezirken, den Gemeinden der umliegenden Landkreise und auch aus anderen Bundesländern.

4. Preisentwicklung für Arbeiten mit Natursteinpflaster

Pflasterleistungen und Qualität haben ihren Preis. Die Vergabeleistungen nach einem Pflastermuster-LV erfolgen nach nachvollziehbaren Kalkulationsgrundlagen. Spekulative Angebote werden sofort erkannt und vom Wettbewerb ausgeschlossen. Damit beschränkten sich in Potsdam die Anbieter für Natursteinpflasterleistungen. Das hat Auswirkungen auf den Gesamtpreis. Wurden früher Herstellungs- und Lieferkosten gemeinsam angeboten, wird aktuell eine getrennte Preisbestimmung gefordert. So stiegen die Verarbeitungspreise, inkl. Material für Großpflaster von 2004 bis 2012 um ca. 100 % auf 60€/m² und bei Mosaikpflaster um ca. 75% auf bis zu 140 €/m². Auf ähnliche Kalkulationspreise haben sich inzwischen auch die Medienverwaltungen eingestellt. Der gesamtwirtschaftliche Vorteil liegt in der erzielten Dauerhaftigkeit, den geringeren Aufwendungen für Überwachung und Verwaltung und reduzierten Unterhaltungsaufwendungen. Künftig werden bei Fragen des Deckenschlusses nach Medienaufbruch Landeshauptstadt die verbliebenen Reststreifen durch diese finanziert, um ein besseres Gesamtbild zu erzielen. Insbesondere auf Gehwegmosaikflächen werden sich durch die Bereitstellung von Ersatzpflastermaterial wesentliche Verbesserungen einstellen, um auch für die entsprechende Barrierefreiheit zu sorgen.

6. Lagerung von wiederverwendbarem und unbrauchbarem Pflastermaterial

Ausgebaute Natursteinmaterialien werden auf dem Gelände des städtischen Bauhofs gelagert. Es wird eine Vorauswahl getroffen, um nicht wiederverwendungsfähiges Material zu entsorgen und die begrenzt zur Verfügung stehenden Lagerflächen für sortenreines Material zu nutzen. Ausgewähltes Großsteinpflaster wird für Baumaßnahmen mit denkmalrechtlichem Hintergrund verwendet, wie zum Beispiel zum Pflastern von Höfen.

7. „Erhaltung des Bernburger Kleinpflasters“ entsprechend Beschluss 95/0237/1

Der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen ist bestrebt, die traditionellen Gehwegbefestigungen mit Bernburger Mosaik im Wesentlichen zu erhalten. Nach den Beobachtungen der letzten Jahre befinden sich die vorhandenen Befestigungen in einem schlechten Zustand. Einerseits sind die Ursprungsformate mit Kopfmaßen von 50/50 nicht mehr durchgehend vorhanden und andererseits sind erhebliche Senken, Verwerfungen und

Unebenheiten festzustellen. Der Nachteil des Kalksteins ist dessen Bruchempfindlichkeit. Auch Material aus den Bernburger Lagerstätten teilt sich durch Belastung und Frostwirkung. In jüngster Zeit wurden mehr als 500 t Bernburger Rogenstein als Ersatz eingesetzt und trotzdem wird sich die Reduzierung historischer Flächen mit Bernburger Mosaik nicht aufhalten lassen. Ziel muss es werden, formatiges, altbrauchbares Bernburger bzw. Neumaterial aus Rogenstein in den zentrumsnahen und tourismusintensivsten Stadtbereichen einzusetzen, auf den übrigen Gehwegflächen auf Naturstein zu verzichten und in Ausnahmefällen Granit-Mosaikpflaster zu verwenden.

C. Wettbewerbe für Planungen und Bauvorhaben (DS 09/SVV/0746)

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung "Wettbewerbe für Planungen und Bauvorhaben in der Auftraggeberschaft der Landeshauptstadt Potsdam" (DS 09/SVV/0746 vom 02.12.2009) richtet sich auf Planungen und Bauvorhaben in der Auftraggeberschaft der Landeshauptstadt Potsdam.

Mit dieser Begrenzung ist die Einschränkung auf Planverfahren verbunden, die entweder unmittelbar durch die Landeshauptstadt Potsdam beauftragt werden oder die über einen Werkvertrag zwischen einem Investor, einem Planungsbüro und der Landeshauptstadt (in ihrer Funktion als Auftraggeberin) vertraglich gebunden sind.

Aufgrund der erforderlichen starken Beschränkung auf Pflichtaufgaben stehen finanzielle Mittel für die Durchführung von Wettbewerbs- oder städtebaulichen Gutachterverfahren für 2016 nur in Höhe von 80.000 € zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 2015 ist die finanzielle Beteiligung am städtebaulichen Gutachterverfahren zum Bebauungsplan Nr. 143 „Westliche Insel Neu Fahrland“ vorgesehen.

In den Stadterneuerungsgebieten wird der Beschluss sinngemäß in gleicher Weise umgesetzt, allerdings im Rahmen der Förderfähigkeit solcher Aufwendungen auf der Grundlage der bestätigten bzw. zu bestätigenden Umsetzungspläne. Die Verfahren belasten insoweit nicht unmittelbar den Haushalt der Landeshauptstadt; vielmehr erfolgt die Finanzierung aus den jeweiligen Treuhandvermögen und muss mithin in der Regel entweder durch Fördermittel oder durch Erlöse oder Ausgleichsbeträge in den Gebieten gedeckt werden.



Matthias Klipp
Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt

Bauvorhaben	Abschnitt	Maßnahmepaket	vorhandene Fahrbahnbefestigung (Pflasterart)	vorhandene Gehwegbefestigung (Pflasterart)	Bearbeitungsstand
Gefahrenabwehr / Unterhaltung					
Maulbeerallee	ab Zur Historischen Mühle bis Übergang zum Asphalt zwischen Jägerstraße und Dortustraße	punktuell Maßnahmen der Gefahrenabwehr	Kleinsteinpflaster Granit	nicht relevant	regelmäßig durchzuführen
Brandenburger Straße Hauptstraße nach Marquardt	OA Marquardt bis B. 273	Fugensanierung Überbauung der geschädigten Pflasterbefestigung mit Asphaltdeckschicht	Großpflaster bearbeitet	nicht berührt	Ausschreibung, Ausführung 2014
Potsdamer Chaussee	Teilbereiche in der Ortsdurchfahrt Groß Gilenicke	Gefahrenabwehr erforderlich	Kleinsteinpflaster Granit	ohne	erledigt
Dorfstraße Kartzow	Teilbereiche in der Ortslage	Gefahrenabwehr erforderlich	Großpflaster wild	nicht relevant	erledigt (in Asphaltbauweise umgesetzt)
Hegelallee	zwischen Nauener Tor und Zufahrt Stadtverwaltung	Gefahrenabwehr erforderlich	nicht relevant	Mosaikpflaster - Grauwacke mit Frostschaden und gravierender Zersetzung der Steine	fortlaufende Gefahrenabwehr
Leipziger Straße 14/ Uferweg Templiner Straße	gesamte Sackgasse	Gefahrenabwehr/ Herrichtung als Baustellenzufahrt (Überbauung mit Asphalt/ alternativ umpflastern)	Großpflaster polygonal	nicht relevant	Ausschreibung und Ausführung 2014/ Verwendung Granit-Mosaikpflaster
Kienhorststraße/ von-Stechow-Straße	Knoten	Gefahrenabwehr erforderlich	Großpflaster wild/ Asphalt	nicht relevant	Antragsverfahren läuft
Investitionen					
Treuhänder					
Henrich-von-Kleist-Straße	zwischen Siemensstraße und Großbeerstraße	Mangelbeseitigung in der Fahrbahn im Rahmen der Gewährleistung (zwischen Kopernikusstraße und Siemensstraße bereits erfolgt)	Großpflaster, in Reihe	Bemburger Mosaik	mit Beteiligung der LHP Austausch der RC-Tragschicht gegen Naturschotter und Neuseizen des Pflasters gemäß Pflasterleitfaden
Turnstraße	gesamt	Querschnitt nach RAST 06, Sortieren des vorhandenen Pflasters Fahrbahn, wiederverwendbares Pflaster mit Zulieferung nach Bemusterung	Großpflaster, polygonal, unregelmäßig	Bemburger Mosaik	im Bau
Müllerstraße	gesamt	Querschnitt nach RAST 06, Sortieren des vorhandenen Pflasters Fahrbahn, wiederverwendbares Pflaster mit Zulieferung nach Bemusterung	Großpflaster, polygonal, unregelmäßig	Bemburger Mosaik	im Bau
Spornstraße	gesamt - zwischen Dortustraße und Lindenstraße	Vollausbau - Variantenuntersuchung läuft	EINZELDENKMAL: Großpflaster - wild	Asphalt/ Bemburger Mosaik	Anlage von Probeflächen in der Fahrbahn im Jahr 2014

Bauvorhaben	Abschnitt	Maßnahmepaket	vorhandene Fahrbahnbefestigung (Pflasterart)	vorhandene Gehwegbefestigung (Pflasterart)	Bearbeitungsstand
Mühlstraße	zwischen Neue Straße und L 40 - Nuthstraße	Querschnitt nach RAST 06, Einbau von formatigem Pflaster in der Fahrbahn	Großpflaster - wild	Bernburger Mosaik/ ohne	Planung durch Stadtkontor, Umsetzung 2015
Semmelweißstraße	zwischen Karl-Liebnecht- und Bruno-H.-Burgel-Straße	Vollausbau	Großpflaster - wild	Bernburger Mosaik	Planung durch Stadtkontor, Umsetzung ab 2014
Investitionen EWP					
	1. Abschnitt: Kundersdorfer Straße 17 A - 21 A und Am Brunnen 1 und Am Brunnen 29 - 31	Vorklärung der EWP auf Grund von Zweigen der Wärmeversorgung - als DS wurde ein Provisorium eingebracht - Planung für alle anderen Medien und Straßenbau folgt	Am Brunnen - Großpflaster polygonal Kundersdorfer Straße - tw Asphalt, tw Großpflaster polygonal Drevesstraße: Großpflaster polygonal-wild Großpflaster, polygonal, unregelmäßig	Am Brunnen - Bernburger Mosaik Kundersdorfer Straße - tw. Bernburger Mosaik	erledigt in Planung, ggf. Koordinierung mit RVK-Maßnahme
Lennéstraße	200 m	Verlegung Brauchwasserleitung	unregelmäßig	Bernburger Mosaik	Realisierung ggf. noch 2014/ Prüfung Beteiligung LHP für Reststreifen
Zimmerstraße	ab Luisenplatz bis Köhlerplatz	Verlegung Schmutz/ Trinkwasser- und Fernwärmeleitung	Reihpflaster - Großpflaster/ polygonal	Bernburger Mosaik	
Seepromenade	Braumannweg bis Forst	Leitungsverlegung der EWP	Großpflaster - polygonal	nicht relevant	erledigt
Scheffelstraße	ab Behringstraße in Richtung Westen (inkl. Sackgasse)	Trinkwasser- Leitungsverlegung	Kleinsteinpflaster Granit	Bernburger Mosaik	Ausführung 2013/2014 (mit Beteiligung LHP - kleinteilige Reparaturmaßn.)
Investitionen LHP					
Wenderscher Weg (als Investition der DB)	im Bereich der DB-Brücke	Erneuerung der Oberflächen im Zuge des Brückenbaus durch die DB im Angliehbereich - in Asphalt	Großpflaster, polygonal, unregelmäßig	unbefestigt	erledigt
Reiherbergstraße im OT Golm	zwischen Karl-Liebnecht-Straße und Falknerstraße	Ausbauquerschnitt nach RAST 06 - Optimierung der Gehwegbreiten, Schaffung einer geschlossenen Regenentwässerung	Kleinsteinpflaster Granit	unbefestigt/ Platten	erledigt Vorplanung abgeschlossen, Vorstellung der Ausbauplanen bei Verfügbarkeit der Haushaltsmittel - voraussichtlich 2018/2019
Lennéstraße	zwischen Hans-Sachs-Straße und C-v-Ossietzky-Straße	Erneuerung der Oberfläche im Rahmen des Radverkehrskonzeptes	Großpflaster, polygonal	nicht relevant	
Brandenburger Vorstadt	diverse	Maßnahmen zur Barrierefreiheit, Überarbeitung der Gehwege in Längsrichtung, Furten barrierefrei - in Asphalt	Großpflaster, polygonal	Bernburger Mosaik	in Teilbereichen erledigt, weitere Umsetzung schrittweise

Bauvorhaben	Abschnitt	Maßnahmepaket	vorhandene Fahrbahnbefestigung (Pflasterart)	vorhandene Gehwegbefestigung (Pflasterart)	Bearbeitungsstand
Schlaatzstraße	gesamt	Erneuerung der Oberfläche im Rahmen des Radverkehrskonzeptes	Kleinsteinpflaster Granit	nicht relevant	Umsetzung in Abhängigkeit der finanziellen Mittel - voraussichtlich 2018/2019
Schlaatzweg	ab Friedrich-Engels-Straße bis Schlaatzstraße	Gesamtausbau, Fahrbahn in Asphalt, beidseitig Gehwege	Teils Großpflaster, teils Asphalt mit erheblichen Verwerfungen + RW-Problem	keine - damit Verkehrssicherheitsprobleme für Fußgänger	Vorplanung liegt vor, erste Anliegerbeteiligung erfolgt, geplanter Ausbau 2015 in Abhängigkeit der finanziellen Mittel
Am Neuen Garten	zwischen Große Weinmeisterstraße und Bertinstraße	Ausbauquerschnitt nach RAST 06 - Fahrbahn OPNV- und radfahrerträglich, Optimierung der Gehwegbreiten, Schaffung einer geschlossenen Regenentwässerung	1. Teilschnitt: Kleinsteinpflaster Basalt 2. Teilschnitt: Asphalt	Materialmix: Platten, Bernburger Mosaik, Asphalt	2013/2014 Planerwerkstatt, Ausbau ab 2016 ff
Heilig-Geist-Straße	gesamt	Kombination Uferweg/ Schaffung der Barrierefreiheit	Großpflaster polygonal	Bernburger Mosaik	erledigt
Hegelallee	Umfeld Jägertor	Lehrlingsbaustelle, Austausch Mosaik-Grauwaacke gegen Bernburger Mosaik	nicht berührt	Mosaikpflaster - Grauwaacke mit Frostschaden und gravierender Zersetzung der Steine	1. Teilschnitt 2012 realisiert, 2. Teilschnitt 2014
Klein Glienicke	Wannseestraße, Am Böttcherberg, Tannenstraße	Prüfung der Notwendigkeit des Straußenausbaus auf Grund des Wegfalls eines Teilstückes der Wannseestraße gemäß B-Plan	Großpflaster polygonal und Großpflaster wild	in Teilbereichen Bernburger Mosaik	Machbarkeitsstudie liegt vor, Abstimmung mit EWP erfolgt - Anliegerinformation erforderlich
Allee nach Sanssouci	gesamt	Gesamtausbau	Kleinsteinpflaster Granit/ Asphalt	Bernburger Mosaik	in Abhängigkeit der finanziellen Mittel, voraussichtlich 2017/2018

Information der Verwaltung des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit zum Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt des Doppelhaushalts für die Jahre 2015/2016

1. Vorbemerkungen

Der Haushaltsplan 2015/2016 des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit gliedert sich in folgende 5 Produkte:

Produktnummer	Bezeichnung
12201	Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten
12202	Bürgerservice
12204	Bußgeldangelegenheiten
12999	Fachbereichsleitung Ordnung und Sicherheit
53702	Abfallentsorgung

Zur Stärkung der dezentralen Ressourcenverantwortung wurden auf der Ebene der Produkte Teilergebnishaushalte und Teilfinanzhaushalte gebildet. Gemäß § 6 Abs. 3 KomHKV bilden die Teilhaushalte ein Budget. Darüber hinaus wurden zur flexiblen Haushaltsführung für sachlich eng im Zusammenhang stehende Aufwendungs- und Auszahlungspositionen spezielle Deckungskreise eingerichtet.

- Deckungskreis Nr. 3065
ordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 52 und 54) des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit über alle Produkte außer
- Deckungskreis Nr. 3067
ordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 52 und 54) des Unterproduktes 1220204-BgA Feinstaubplaketten
- Deckungskreis Nr. 3046
ordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 52 und 54) des Produktes 53702-Abfallentsorgung, enthalten die Unterprodukte 5370201- krE Abfallentsorgung und 537202- BgA Duales System

2. Teilergebnishaushalt

Der Teilergebnishaushalt 2015/2016 des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit beinhaltet nachfolgende Eckpunkte:

	Plan 2014	Plan 2015- (Planstufe 11)	Differenz Zuschuss 2015 zu 2014	Plan 2016- (Planstufe 11)	Differenz Zuschuss 2016 zu 2014
Ergebnis/ Zuschuss- bedarf	./ 4.942.200 €	./ 4.369.600 €	572.600 €	./ 4.663.200 €	279.000 €

Der verringerte Zuschussbedarf im Budget des Fachbereiches ist vorwiegend auf eine verbesserte Ertragssituation im Bereich der Bußgeldangelegenheiten zurück zu führen.

Mit dem zu verzeichnenden Personalaufwuchs im Bereich des Außendienstes wird künftig eine stärkere Präsenz von Außendienstmitarbeitern im gesamten Stadtgebiet zu verzeichnen sein. Die Überwachung des ruhenden Verkehrs und Einhaltung der örtlichen Satzungen werden weiterhin Bestandteil der regelmäßigen Tätigkeiten sein. Ertragserhöhend wirken sich auch die Änderung des bundeseinheitlichen Tatbestandskatalogs für Verwarnungs- und Bußgelder aus dem Jahr 2013 aus.

Zur Überwachung des fließenden Verkehrs ist künftig die Anmietung weiterer neuer und moderner Messtechnik vorgesehen. So sind bereits Synergieeffekte aufgrund der Organisationsveränderungen im Jahr 2013 (Zuordnung der Messbediensteten in den Bereich Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten) und durch die Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiter mit Lizenz-Befähigung zum Messen zu verzeichnen.

Für das Jahr 2016 ist im Bereich der Abfallentsorgung die flächendeckende Einführung der Bio-Tonne im Stadtgebiet Potsdam vorgesehen. Mit Einführung dieser weiteren Getrennthaltung von Abfällen soll der Grundsatz der Abfallvermeidung und –bewirtschaftung stärkere Beachtung finden. Hierzu sind bestehende Satzungen und Verträge den neuen Verwertungs- und Beseitigungsmaßnahmen anzupassen bzw. neu zu definieren. Die Abfallentsorgung stellt eine 100 % kostendeckende Einrichtung dar. Es ergeben sich aus den künftigen Maßnahmen keine zusätzlichen Belastungen des städtischen Haushaltes.

3. Teilfinanzhaushalt (investive Maßnahmen)

Der Fachbereich Ordnung und Sicherheit verfügt im Doppelhaushalt 2015/2016 nicht über Mittel für investive Maßnahmen.

4. Zukunftsprogramm 2019

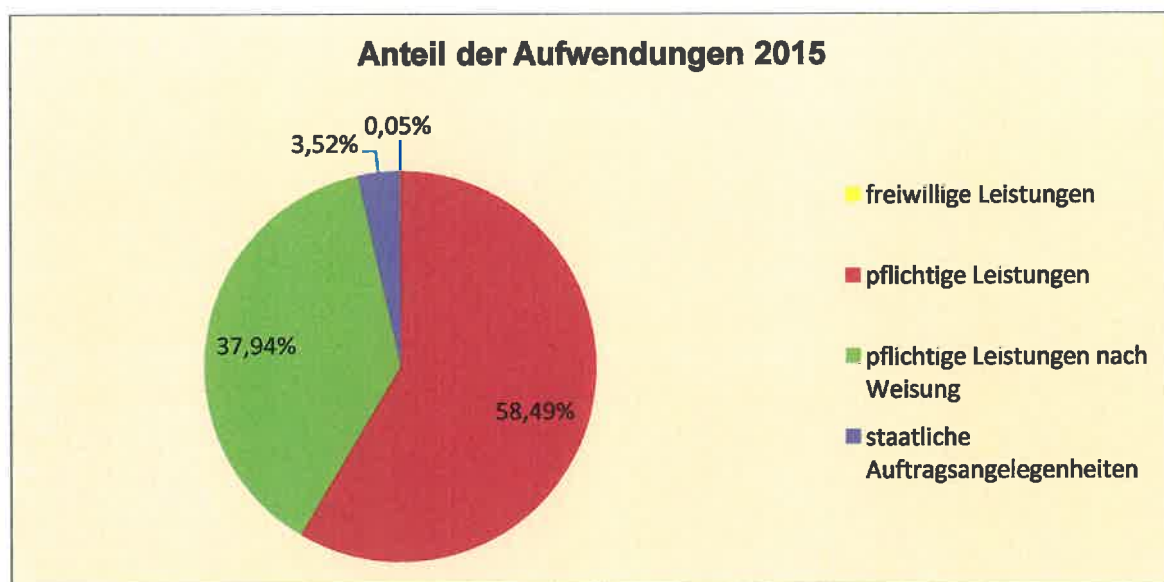
Mit der Haushaltssatzung 2015/2016 wird das Zukunftsprogramm fortgeschrieben. Dieses Programm soll eine strukturelle und nachhaltige Entlastung des Ergebnishaushalts ermöglichen und zur Stärkung des Investitionshaushalts beitragen.

Der Fachbereich Ordnung und Sicherheit beteiligt sich mit der Maßnahme Nr. GB3-05

- Anbindung der Fachsoftware an das zentrale Dokumentenmanagementsystem sowie der vollständigen und medienbruchfreien Digitalisierung der Verwaltungsunterlagen des Bereiches der Bußgeldstelle und Arbeitsgruppe Ausländerbehörde

am Zukunftsprogramm.

5. Darstellung der Aufgabenstruktur des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit



Anlagen: Teilergebnishaushalt 2015/2016
Zukunftsprogramm Maßnahme GB3-05

Fachbereich 32 – Ordnung und Sicherheit

- 12201 – Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten
- 12202 – Bürgerservice
- 12204 – Bußgeldangelegenheiten
- 12299 – Fachbereichsleitung Ordnung und Sicherheit
- 53702 – Abfallentsorgung

Budgetplan	3	Soziales, Jugend, Gesundheit, und Ordnung	Budgetverantwortlich:
Untergeordnetes Budget	32	Fachbereich Ordnung und Sicherheit	Marina Kluge
Budget			

Teilergebnishaushalt (Budget)		Vorläufiges Ergebnis 2012	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
		€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
Ertrags- und Aufwandsarten								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	249.855,86	252.500	258.300	259.400	261.300	263.200	265.100
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.534.500,40	16.981.100	16.892.200	18.744.900	19.532.300	20.056.700	20.731.400
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	33.128,33	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.070.638,73	971.400	1.439.500	1.437.600	1.408.200	1.289.300	1.289.300
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.493.239,10	2.676.500	3.115.700	3.057.700	3.057.700	3.058.200	3.057.700
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
10	= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	19.381.362,42	20.930.000	21.554.200	23.548.100	24.308.000	24.715.900	25.392.000
11	- Personalaufwendungen	7.310.466,20	8.623.400	8.793.600	8.952.400	9.048.200	9.205.100	9.360.400
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.856.543,54	2.392.500	2.272.200	2.081.700	2.057.100	2.099.300	2.126.700
14	- Abschreibungen	159.107,67	193.800	172.600	171.500	171.500	171.400	170.600
15	- Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.596.261,38	13.287.700	13.454.300	15.751.700	16.549.800	16.989.600	17.659.800
17	= Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21.922.378,79	24.497.400	24.692.700	26.957.300	27.826.600	28.465.400	29.317.500
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. - 17.)	-2.541.016,37	-3.567.400	-3.138.500	-3.409.200	-3.518.600	-3.749.500	-3.925.500
19	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge	11,00	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	11,00	0	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= 18. + 21.)	-2.541.005,37	-3.567.400	-3.138.500	-3.409.200	-3.518.600	-3.749.500	-3.925.500
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= 22. + 25.)	-2.541.005,37	-3.567.400	-3.138.500	-3.409.200	-3.518.600	-3.749.500	-3.925.500
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	75.031,96	31.300	92.500	87.000	87.000	87.000	87.000
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.060.871,92	1.406.100	1.323.600	1.341.000	1.341.000	1.341.000	1.341.000
29	= Gesamtergebnis des Teilhaushalts	-3.526.845,33	-4.942.200	-4.369.600	-4.663.200	-4.772.600	-5.003.500	-5.179.500
30	Nachrichtlich:	0,00	0	0	0	0	0	0
	nicht zahlungswirksame Erträge	107.817,69	0	700	0	0	0	0
31	nicht zahlungswirksame Aufwendungen	616.145,82	111.400	-788.700	171.500	171.500	171.400	170.600

Druckdatum: 19.11.2014

Planstufe:

Budgetplan	3	Soziales, Jugend, Gesundheit, und Ordnung	Budgetverantwortlich:
Untergeordnetes Budget	32	Fachbereich Ordnung und Sicherheit	Marina Kluge
Budget			

	Vorläufiges Ergebnis 2012	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2016	VE 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Teilfinanzhaushalt (Investitionsmaßnahmen)									
Einzahlungs- und Auszahlungsarten									
1	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
2	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
3	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
4	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
5	59,50	0	0	0	0	0	0	0	0
6	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
7	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
8	59,50	0	0	0	0	0	0	0	0
9	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
10	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
11	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
12	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
13	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
14	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
15	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
16	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
17	59,50	0	0	0	0	0	0	0	0

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich:
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	32 - Marina Kluge
Fachbereich	12201	Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten	

Produktbeschreibung

Produktbeschreibung

In diesem Produkt ist die Zuständigkeit für die Erteilung von Jagd- und Fischereischeinen, -rechtlichen Genehmigungen und die Durchsetzung der ordnungsbehördlichen Hundehaltung, die Durchsetzung der Bestattungspflicht in Verbindung mit der Ermittlung von Angehörigen von Verstorbenen, Genehmigung erlaubnispflichtiger Glücksspiele (Lotterie, Tombola), Überwachung und Einhaltung des Schornsteinfegergesetzes, Erteilung von Unbedenklichkeitsklärungen zum Luftfahrzeuggesetz. Darüber hinaus sind die Arbeitsgruppen Außendienst (Überwachung, Einhaltung Rechtsvorschriften), Gewerbeangelegenheiten (Gewerbebean- und Abmeldungen, Gaststättenlaubnisse) hier zugeordnet.

Auch die Einleitung von Maßnahmen bei Munitionsbergungen ist Aufgabe der allgemeinen Gefahrenabwehr.

zuständiger Ausschuss

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung

pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage

Ordnungsbehördengesetz, Jagd- und Fischereigesetz und dazugehörige Verordnungen, Hundehalterverordnung, Stadtordnung, Bestattungsgesetz, Schornsteinfegergesetz und dazugehörige Verordnungen, Glücksspielgesetz, Lotterie- und Sportwettengesetz, Gewerbeordnung einschließlich dazugehöriger Verordnungen (z.B. Sperrzeitverordnung), Feiertagsgesetz, Ladenschlussgesetz, Schwarzarbeitsgesetz, Jugendschutzgesetz, Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrszulassungsverordnung, Runderlass des MI (Bbg) zur Behandlung von Fundtieren

Ziele

Führen des Gewerberegisters, Überwachung von Gewerbebetrieben, Schutz der Allgemeinheit, des öffentlichen Wirtschaftsverkehrs und der sozialen Gemeinschaft, Abwehr bzw. Minderung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch operative Maßnahmen.

Zielgruppen

Grundstückseigentümerinnen/Grundstückseigentümer, Einwohnerinnen/Einwohner, Unternehmerinnen/Unternehmer, Besucherinnen/Besucher, Fachbereiche, andere Verwaltungen

wesentliche Leistungen

Überwachung erlaubnispflichtiges Gewerbe
Überwachung anzeigepflichtiges Gewerbe
Aufenthaltsregelungen nach Ausländergesetz
Aufenthaltsregelungen durch Asylverfahren
Umsetzung u. ggf. Verwertung unberechtigt abgestellter Fahrzeuge
Überwachung ruhender Verkehr
Ermittlungen für andere Organisationseinheiten

	Vorläufiges Ist 2012	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
<u>Kennzahlen</u>				
Präsenz-/Anwesenheitsquote Inspektoren (besetzte Stellen/durchschn. anwesende MA)	69,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Anzahl Gewerbemeldung einschl. Gaststättenanzeigen	3.554,00 Anz	3.600,00 Anz	3.600,00 Anz	3.600,00 Anz
durchgeführte Gewerbekontrollen durch Gewerbeamt	746,00 Anz	700,00 Anz	700,00 Anz	700,00 Anz
Stellenplan laut Stellenausstattung	0,00 VZE	71,95 VZE	76,71 VZE	76,46 VZE
Widerspruchsquote Gewerbeamt	0,25 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %

Druckdatum: 19.11.2014

Planstufe: 11 Einbringung SVV 03.12.2014

Landeshauptstadt Potsdam

2015 / 2016

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich:
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	32 - Marina Kluge
Fachbereich	12201	Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten	

Anteil begründeter Widersprüche Gewererecht	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Anteil Aufwendungen Produkt 12201 an Gesamtaufwendung LHP	0,58 %	0,69 %	0,70 %	0,71 %
Anteil Erträge Produkt 12201 an Gesamterträge LHP	0,09 %	0,08 %	0,08 %	0,08 %
Kostendeckungsgrad	16,29 %	11,81 %	11,75 %	11,47 %
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner	0,00 EUR	-20,15 EUR	-21,67 EUR	-21,77 EUR

Ertrags- und Aufwandsarten	Vorläufiges Ergebnis 2012	Ansatz 2014		Ansatz 2015		Ansatz 2016		Planung 2017		Planung 2018		Planung 2019	
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	26.944,04	26.500	27.800	27.800	27.800	27.800	27.800	27.800	27.800	27.800	27.800	27.800	27.800
3 + Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte *	339.685,95	348.200	282.500	282.500	282.500	282.500	282.500	282.500	282.500	282.500	282.500	282.500	282.500
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	20.323,97	26.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen *	23.255,91	34.900	47.100	47.100	47.100	47.100	47.100	47.100	47.100	47.100	47.100	47.100	47.100
7 + Sonstige ordentliche Erträge *	30.153,65	3.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500
8 + Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9 +/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10 = Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	440.363,72	439.100	389.900	389.900	389.900	389.900	389.900	389.900	389.900	389.900	389.900	389.900	389.900
11 - Personalaufwendungen	2.416.191,35	3.058.600	3.314.700	3.314.700	3.314.700	3.314.200	3.446.000	3.446.000	3.446.000	3.511.600	3.602.300	3.602.300	3.602.300
12 - Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen *	342.185,34	439.600	518.700	518.700	518.700	513.400	499.100	499.100	499.100	550.500	550.500	550.500	550.500
14 - Abschreibungen	46.887,42	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15 - Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	76.858,31	90.500	32.200	32.200	32.200	32.700	33.500	33.500	33.500	33.000	33.000	33.000	33.000
17 = Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.882.122,42	3.588.700	3.965.600	3.965.600	3.965.600	3.917.300	3.978.600	3.978.600	3.978.600	4.095.100	4.185.800	4.185.800	4.185.800
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. - 17.)	-2.441.758,70	-3.149.600	-3.475.700	-3.475.700	-3.475.700	-3.527.400	-3.588.700	-3.588.700	-3.588.700	-3.705.200	-3.795.900	-3.795.900	-3.795.900
19 + Zinsen und sonstige Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21 = Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis (= 18. + 21.)	-2.441.758,70	-3.149.600	-3.475.700	-3.475.700	-3.475.700	-3.527.400	-3.588.700	-3.588.700	-3.588.700	-3.705.200	-3.795.900	-3.795.900	-3.795.900
23 + Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
24 - Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
25 = Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= 22. + 25.)	-2.441.758,70	-3.149.600	-3.475.700	-3.475.700	-3.475.700	-3.527.400	-3.588.700	-3.588.700	-3.588.700	-3.705.200	-3.795.900	-3.795.900	-3.795.900
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	52.960,33	6.900	92.500	92.500	92.500	87.000	87.000	87.000	87.000	87.000	87.000	87.000	87.000
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen *	145.905,18	187.300	238.700	238.700	238.700	238.700	238.700	238.700	238.700	238.700	238.700	238.700	238.700
29 = Gesamtergebnis des Teilhaushalts	-2.534.703,55	-3.330.000	-3.621.900	-3.621.900	-3.621.900	-3.679.100	-3.740.400	-3.740.400	-3.740.400	-3.856.900	-3.947.600	-3.947.600	-3.947.600
Nachrichtlich:	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
30 nicht zahlungswirksame Erträge	24.191,85	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
31 nicht zahlungswirksame Aufwendungen	46.887,42	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Landeshauptstadt Potsdam

2015 / 2016

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich: 32 - Marina Kluge
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Fachbereich	12201	Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten	

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich: 32 - Marina Kluge
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Fachbereich	12201	Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten	

Erläuterungen zum Teilergebnisplan:

Erläuterungen zu 4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

1220101 4311400 Verwaltungsgebühren nach GebG Bbg nach BJG, BbgJagdG, BbgFischG, BbgFischO, GebOLMUJ, Verordnung über die Erhebung der Fischereiabgabe, Anglerprüfungsverordnung, GebOMI, HundehV sowie Erfahrungen und Fallzahlen der Vorjahre

Ausstellung und Verfängerung von Jagdscheinen

Verkauf von Fischereiabgabemarken und Ausstellung von Fischereischeinen

Gebühreneinnahmen aus der Durchsetzung der HundehV nach GebOMI

Erlaubniserteilung Lotterien, Ausspielungen und Tombola § 13 Lotterie und Sportwettengesetz LottGBg GebOMI

Unbedenklichkeitserklärungen zur Vorlage bei der Gemeinsamen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg Ordnungsbehördengesetz (OBG) ;GebOMI

1220105 4311400 Verwaltungsgebühren nach GebG Bbg Rechtsgrundlage:

§ 150 Abs. 2 Gewerbeordnung i. V. m. Nr. 1132 des Abschnitts 3 der Anlage zu § 4 Absatz 1 des Gesetzes über Kosten in Angelegenheiten der Justizverwaltung (Justizverwaltungskostengesetz - JVKostG) vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586, 2655)

Erträge im erlaubnispflichtigen Gewerbe ca. 74.700 €
Erträge im anzeigepflichtigen Gewerbe ca. 55.967 €

Erläuterungen zu 6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen

1220101 4488300 Erstattung von übrigen Bereich en (öffentl./rechtl. Forderung)
Kostenerstattung bei Ersatzvornahme zur Gefahrenabwehr

- Gutachterfähigkeit nach jagdrechtlichen Vorschriften bei Wildschäden BbgJagdG i. V. m. Bbg JagdDV ca. 500 EUR

- Erstellung von Gutachten im Sinne der HundehV ca. 200 EUR

- Sicherstellung von gef. Hunden nach HundehV Ersatzvornahme HundehV, OBG
2 Hunde je durchschnittliche Kosten 3.300 EUR = ca. 6.600 EUR

Kostenrückerstattung gegenüber dem Bestattungspflichtigen, Erben bzw. aus dem vorhandenen Nachlass des Verstorbenen.
Rechtsgrundlage § 20 (2) BbGBestG, § 1967 u. 1963 BGB

ca. 13 Erstattungspflichtige x 1.440 EUR = 18.720 EUR

Erläuterungen zu 7 + Sonstige ordentliche Erträge

Mehrträge bei der Auflösung von Einzelwertberechtigungen (Konto 4592900) berechtigten zu Mehraufwendungen bei Zuführungen Einzelwertberechtigungen (Konto 5732200)

Erläuterungen zu 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich:
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	32 - Marina Kluge
Fachbereich	12201	Ordnungs- und Überwachungsangelegenheiten	

1220101 5291100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
 Rechtsgrundlage: BbgBestG -Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung
 Bestattung von Verstorbenen, wenn keine Angehörigen zu ermitteln, nicht vorhanden, der Bestattungspflicht nicht nachkommen oder nicht bestattungspflichtig sind.

Rechtsgrundlage: HundehV, OBG
 Sicherstellung von gefährlichen Hunden

Maßnahmen der Gefahrenabwehr im Rahmen der Kampfmittelberäumung

- Absper- und Sicherungsmaßnahmen
- Bewachungsleistungen Dritter
- Transport- und Unterstützungsleistungen Dritter
- Verkehrsleitmaßnahmen und -einrichtungen

1220102 5222400 Unterhaltung spezieller Ausstattung
 Pflege-, Wartungs- und Instandhaltungsvertrag für Hardware und Software.

1220102 5232200 Leasingraten für technische Geräte
 Leasinggebühren für 35 Mobile Datenerfassungsgeräte zur Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs.

1220102 5291100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
 Umsetzung, Sicherstellung und Verwertung von Fahrzeugen im Rahmen einer Verkehrsordnungswidrigkeit zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Grundlage dafür ist der Vertrag vom 12.02.2014 zur Durchführung von Abschleppleistungen.

Aufwendungen für Amtshandlungen im Bereich der allgemeinen Gefahrenabwehr

- Transporte von Sachen und Tieren
- Absperungen von Gefahrengebieten

1220104 5291100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
 Ausstellung von elektronischen Reiseausweisen gem. § 3 AufenthG für Ausländer, Staatenlose und Flüchtlinge

Erläuterungen zu 28 – Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

1220102 5811600 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen für IT
 Entsprechend der Mitteilung vom 22.07.2014 des FB Verwaltungsmanagement sind die HH-Ansätze 2018-2019 in Höhe der Vorjahre fortzuschreiben.

Erläuterungen zum Produkt:

Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015 und 2015 gehört dieses Produkt zum Budget 32 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich: 32 - Marina Kluge
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Fachbereich	12202	Bürgerservice	

Produktbeschreibung

Produktbeschreibung

Der Bürgerservice als Dienstleistungszentrum erfüllt Aufgaben der Pass-, Personalausweis- und Meldebehörde, bietet Leistungen anderer Organisationseinheiten an, bzw. stellt die notwendigen Informationen, Materialien, Anträge und Druckerzeugnisse für den Bürger bereit. Des Weiteren werden hier die Fundsachen verwaltet und deren Versteigerung organisiert. Darüber hinaus sind hier das Ständesamt (einschl. behördliche Namensänderungen und Staatsangehörigkeitsfragen) sowie die Ausländerbehörde (Aufenthaltsregelungen etc.) in den Bürgerservice integriert. Die Kfz-Zulassung und Fahrerlaubnisbehörde sind ebenfalls dem Bürgerservice zugeordnet und erbringen sämtliche Leistungen, die im Zusammenhang mit der Zulassung von Fahrzeugen und der Zulassung von Personen zum Straßenverkehr stehen. Auch die Ertelung von Bewoherparkausweisen, die Genehmigung von Parkleichterungen für Behinderte und die Befreiung von der Gurt- und Helmpflicht sind hier angebotene Leistungen.

zuständiger Ausschuss

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung

freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage

Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 22.11.1998 und 05.08.1999,

Brandenburgisches Meldgesetz, Passgesetz, Personalausweisgesetz, Bundeszentralregistergesetz, Einkommenssteuergesetz, Wehrpflichtgesetz, Bundesnachrichtendienstgesetz, Verfassungsschutzgesetz, Namensänderungsgesetz, Personenstandsgesetz, Bürgerliches Gesetzbuch und zugehöriges Einführungsgesetz, Lebenspartnerschaftsgesetz, Staatsangehörigkeitsgesetz, Straßverkehrsordnung (StVO), Personenbeförderungsgesetz (PeBfG), Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV), Brandenburgisches Straßengesetz (BbgStrG), Straßverkehrs-Zulassungsordnung (StVZO), Fahrerlaubnisverordnung (FeV), Strafprozessordnung (StPO), Fahrfahrtgesetz (FahfG), Aufenthaltsgesetz, Asylverfahrensgesetz, Zuwanderungsgesetz

Ziele

Erfeldigung von Verwaltungsaufgaben mittels kundenorientierter Öffnungszeiten. Innerhalb kurzer Wartezeiten erfolgt ein bürgerfreundlicher Bedienungsservice für:

- Melde-, Pass- und PA-Angelegenheiten,
- Beurkundung von Personenstandsangelegenheiten, Staatsangehörigkeitsangelegenheiten, Namensänderungen,
- Umsetzung der Vorschriften zur Zulassung der Teilnahme von Personen und Fahrzeugen am Straßenverkehr,
- Regelung des Aufenthalts von Ausländern im Rahmen der Gesetze und Möglichkeiten,
- Fundsachenangelegenheiten.

Zielgruppen

EinwohnerInnen/Einwohner, UnternehmerInnen/Unternehmer, BesucherInnen/Besucher, MigrantInnen/Migranten, Fachbereiche, andere Verwaltungen

wesentliche Leistungen

Meldeangelegenheiten, Personaldokumente, Registerauskünfte
Hilfe bei Vorbereitung von Wahlen
Information, Beratung und Service im Dienste anderer Organisationseinheiten
Fundsachenverwaltung und -versteigerung
Feststellung und Änderung von Staatsangehörigkeiten, öff.-rechtl. Namensänderungen
Eheschließung u. deren Beurkundung
Kfz-Zulassungen und Überwachungen Halterpflichten
Fahrerlaubnisse und deren Überwachung

	Vorläufiges Ist 2012	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kennzahlen				
Anzahl Zulassungsvorgänge	46.565,00 Anz	0,00 Anz	0,00 Anz	0,00 Anz
Anzahl Anträge Fahrerlaubnis	5.337,00 Anz	0,00 Anz	0,00 Anz	0,00 Anz
Kundenzufriedenheit Besucher	0,00 Note	0,00 Note	0,00 Note	0,00 Note
Zulassungen pro Öffnungsstunde	24,19 Anz	0,00 Anz	0,00 Anz	0,00 Anz
Anträge auf Fahrerlaubnis pro Öffnungsstunde	2,77 Anz	0,00 Anz	0,00 Anz	0,00 Anz
Stellenausschüttung laut Stellenplan	32,13 VZE	71,65 VZE	71,78 VZE	72,15 VZE
Bürgerservicecenter - Durchschnittliche Wartezeit	22,32 min	15,00 min	15,00 min	15,00 min
Bürgerservicecenter - Anteil mit Wartezeit länger als 15 Minuten	43,00 %	25,00 %	25,00 %	25,00 %
Bürgerservicecenter - Öffnungsstunden pro Woche	48,00 h	48,00 h	48,00 h	48,00 h
Bürgerservicecenter - Ausgestellte Ausweisdokumente	32.930,00 Anz	35.000,00 Anz	33.920,00 Anz	27.620,00 Anz
Bürgerservicecenter - Meldevorgänge	31.817,00 Anz	30.000,00 Anz	30.000,00 Anz	30.000,00 Anz
Bürgerservicecenter - Änderungen Lohnsteuermerkmale	3.016,00 Anz	4.500,00 Anz	4.000,00 Anz	4.000,00 Anz
Bürgerservicecenter - Kundenzufriedenheit Besucher	0,00 Note	0,00 Note	0,00 Note	0,00 Note
Bürgerservicecenter - Aufwand pro Öffnungsstunde	1.147,29 EUR	1.294,72 EUR	1.264,21 EUR	1.201,38 EUR
Bürgerservicecenter - Anzahl der Schalterkontakte pro Öffnungsstunde	43,90 Anz	45,00 Anz	33,00 Anz	30,00 Anz
Bürgerservicecenter - Aufwand Bürgerservice pro Einwohner	17,10 EUR	18,85 EUR	18,78 EUR	17,84 EUR
Bürgerservicecenter - Dienstleistungsnachfragen pro Öffnungsstunde	69,40 Anz	75,00 Anz	70,00 Anz	70,00 Anz
Standesamt - Anzahl beurkundete Eheschließungen	870,00 Anz	900,00 Anz	960,00 Anz	960,00 Anz
Standesamt - Anteil Eheschließungen außerhalb vom Stadthaus	32,00 Anz	33,00 Anz	33,00 Anz	33,00 Anz
Standesamt - Anzahl beurkundete Geburten	2.355,00 Anz	2.300,00 Anz	2.450,00 Anz	2.450,00 Anz
Standesamt - Anzahl beurkundete Sterbefälle	2.069,00 Anz	1.900,00 Anz	2.200,00 Anz	2.200,00 Anz
Standesamt - Anzahl abgeschlossene Einbürgerungsverfahren	154,00 Anz	150,00 Anz	250,00 Anz	250,00 Anz
KFZ-Fahrerlaubnis - Öffnungsstunden pro Woche	39,00 h	39,00 h	39,00 h	39,00 h
KFZ-Fahrerlaubnis - Durchschnittliche Wartezeit	21,37 min	20,00 min	20,00 min	20,00 min
KFZ-Fahrerlaubnis - Aufwand pro Öffnungsstunde	687,28 EUR	731,73 EUR	738,88 EUR	745,92 EUR
KFZ-Fahrerlaubnis - Schalterkontakte pro Öffnungsstunde	19,00 Anz	30,00 Anz	0,00 Anz	0,00 Anz
KFZ-Fahrerlaubnis - Anteil der Zulassungsvorgänge durch Zulassungsdienste	25,24 %	25,00 %	25,00 %	25,00 %
KFZ-Fahrerlaubnis - Anzahl der Geschäftsvorfälle (GF) Zulassung	0,00 Anz	109.500,00 Anz	109.500,00 Anz	109.500,00 Anz
davon gebührenpflichtige Geschäftsvorfälle (GF) Zulassungen	0,00 Anz	0,00 Anz	45.000,00 Anz	45.000,00 Anz
davon gebührenpf. Geschäftsvorfälle (GF) Zulassungen erweiterte Zuständigkeit (PM)	0,00 Anz	0,00 Anz	6.000,00 Anz	6.000,00 Anz
KFZ-Fahrerlaubnis - Anzahl der Geschäftsvorfälle (GF) Führerschein	0,00 Anz	95.000,00 Anz	23.000,00 Anz	23.000,00 Anz
davon gebührenpflichtige Geschäftsvorfälle (GF) Führerschein	0,00 Anz	0,00 Anz	7.500,00 Anz	7.500,00 Anz
KFZ-Fahrerlaubnis - GF Führerschein pro Öffnungsstunde	0,00 Anz	48,47 Anz	45,92 Anz	45,92 Anz
KFZ-Fahrerlaubnis - GF Zulassungen pro Öffnungsstunde	0,00 Anz	55,87 Anz	55,87 Anz	55,87 Anz
Bürgerservicecenter - Bewohmparken	0,00 Anz	0,00 Anz	2.700,00 Anz	2.700,00 Anz
Anteil Erträge Produkt 12202 an Gesamterträge LHP	0,56 %	0,62 %	0,55 %	0,51 %
Anteil Aufwendungen Produkt 12202 an Gesamtaufwendungen LHP	0,95 %	0,98 %	0,92 %	0,91 %
Kostendeckungsgrad	60,22 %	61,40 %	59,56 %	56,34 %
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner	0,00 EUR	-12,66 EUR	-13,03 EUR	-13,67 EUR

Gesamtverwaltung
Produktgruppe
Fachbereich

Sicherheit und Ordnung
Ordnungsangelegenheiten
Bürgerservice

Produktverantwortlich:
32 - Marina Kluge

	Vorläufiges Ergebnis 2012 €	Ansatz 2014 €		Ansatz 2015 €		Ansatz 2016 €		Planung 2017 €		Planung 2018 €		Planung 2019 €	
		1	2	3	4	5	6	7					
Ertrags- und Aufwandsarten													
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 + Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte *	2.936.867,20	3.411.200	3.126.500	2.901.500	2.902.400	2.902.400	2.902.400	2.902.400	2.902.400	2.902.400	2.902.400	2.902.400	2.902.400
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte *	12.804,36	22.500	20.500	20.500	20.500	20.500	20.500	20.500	20.500	20.500	20.500	20.500	20.500
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen *	74.155,60	58.800	59.300	59.300	59.300	59.300	59.300	59.300	59.300	59.300	59.300	59.300	59.300
7 + Sonstige ordentliche Erträge *	8.861,16	500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
8 + Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9 +/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10 = Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.032.888,32	3.493.000	3.207.800	2.982.800	2.983.700	2.983.700	2.983.700	2.983.700	2.983.700	2.983.700	2.983.700	2.983.700	2.983.700
11 – Personalaufwendungen	2.920.125,52	3.297.800	3.337.700	3.413.700	3.432.100	3.432.100	3.432.100	3.432.100	3.432.100	3.432.100	3.432.100	3.432.100	3.432.100
12 – Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen *	1.246.728,68	1.447.200	1.331.900	1.163.500	1.167.500	1.167.500	1.167.500	1.167.500	1.167.500	1.167.500	1.167.500	1.167.500	1.167.500
14 – Abschreibungen	53.175,86	1.100	1.100	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
15 – Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen *	201.616,79	214.500	245.700	248.300	244.000	244.000	244.000	244.000	244.000	244.000	244.000	244.000	244.000
17 = Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.421.646,85	4.960.600	4.916.400	4.824.500	4.844.600	4.844.600	4.844.600	4.844.600	4.844.600	4.844.600	4.844.600	4.844.600	4.844.600
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. - 17.)	-1.388.958,53	-1.467.600	-1.708.600	-1.841.700	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900
19 + Zinsen und sonstige Finanzerträge	11,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
20 – Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21 = Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	11,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis (= 18. + 21.)	-1.388.947,53	-1.467.600	-1.708.600	-1.841.700	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900
23 + Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
24 – Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
25 = Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= 22. + 25.)	-1.388.947,53	-1.467.600	-1.708.600	-1.841.700	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900	-1.860.900
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
28 – Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	355.679,83	468.800	469.600	469.600	469.600	469.600	469.600	469.600	469.600	469.600	469.600	469.600	469.600
29 = Gesamtergebnis des Teilhaushalts	-1.744.627,36	-1.936.400	-2.178.200	-2.311.300	-2.330.500	-2.330.500	-2.330.500	-2.330.500	-2.330.500	-2.330.500	-2.330.500	-2.330.500	-2.330.500
Nachrichtlich:	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
30 nicht zahlungswirksame Erträge	146,10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
31 nicht zahlungswirksame Aufwendungen	54.983,19	1.100	1.100	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000

Druckdatum: 19.11.2014

Planstufe: 11 Einbringung SVV 03.12.2014

Teilfinanzhaushalt (Investitionsmaßnahmen)		Vorläufiges Ergebnis 2012 €	Ansatz 2014		Ansatz 2015		VE 2015		Ansatz 2016		VE 2016		Planung 2017		Planung 2018		Planung 2019	
			€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Einzahlungs- und Auszahlungsarten		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	+ Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	+ Einzahlungen aus Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen	59,50	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	+ Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	59,50	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für Investitionen Dritter	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	- Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	- Sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	59,50	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich:
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	32 - Marina Kluge
Fachbereich	12202	Bürgerservice	

Erläuterungen zum Teilergebnisplan:

Erläuterungen zu 4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Mehrerträge in 1220201: 4311300 (Verwaltungsgebühren nach VwKG) berechtigen zu Mehraufwendungen für 1220201: 5291100 (Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen).

(Personalausweise, Reisepässe)

1220201 4311300 Verwaltungsgebühren nach VwKG

Ereilung Bewohnerparkausweise

1220201 4311400 Verwaltungsgebühren nach GebG Bbg

Gebührenpflichtige Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister für natürliche Personen

Gebührenpflichtige Anträge zur Erteilung eines Führungszeugnisses

Verwaltungsgebühren Personalausweise, Reisepässe, Fundbüro und Melderegisterauskünfte

1220202 4311300 Verwaltungsgebühren nach VwKG

Durch Wegfall des Verwaltungskostengesetzes richten sich die Erträge aus Verwaltungsgebühren sämtlich nach dem Gebührengesetz für das Land Brandenburg. (siehe 4311400)

1220202 4311400 Verwaltungsgebühren nach GebG Bbg

Verwaltungsgebühren für Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahren

Rechtsgrundlage: Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), Gesetz über die Zuständigkeit in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten (StAngZustG)

Mehrbelastungsausgleich für Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten (Fallpauschalen vom MI Brandenburg)

Verwaltungsgebühren für behördliche Namensänderungen

Rechtsgrundlage: Verordnung zur Ausführung des Namensänderungsgesetzes

Verwaltungsgebühren für Beurkundungen

Rechtsgrundlage: Personenstandsgesetz (PStG) / Gebührengesetz für das Land Brandenburg / VO über die Gebühren für öffentliche Leistungen im Geschäftsbereich des MI

1220203 4311300 Verwaltungsgebühren nach VwKG

Erträge aus Verwaltungsgebühren nach der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOS) des Bürgerservice Kfz-Zulassung und Fahrerlaubnis

Kfz.- Zulassungen und Überwachung Halterpflichten

Fahrerlaubnisse und deren Überwachung

Fahrschülerlaubnisse und deren Überwachung

1220204 4321100 Benutzungsgebühren und ähnlich e Entgelte 19% USt

Verkauf von Feinstaubplaketten (§ 4 KStG Betrieb gewerblicher Art).

Gemäß Gebührenordnung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg beträgt die Gebühr je Zuteilung und Ausgabe einer Feinstaubplakette 5 EUR (Brutto).

Erläuterungen zu 5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich: 32 - Marina Kluge
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Fachbereich	12202	Bürgerservice	

1220202 4423000 Erträge aus dem Verkauf von Waren, unfertigen / fertigen Erzeugnissen, unfertigen Leistungen an Verkauf von Familienstamm- bzw. Lebenspartnerschaftsbüchern

Erläuterungen zu 6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen

1220202 4488300 Erstattung von übrigen Bereich (öffentl./rechtl. Forderung)
Kostenerstattung von Brautpaaren und Lebenspartnern für die Miete der Eheschließungsorte außerhalb des Stadthauses
Rechtsgrundlage: Personenstandsgesetz (PStG) / Bürgergesetze für das Land Brandenburg

Erläuterungen zu 7 + Sonstige ordentliche Erträge

Mehrträge bei der Auflösung von Einzelwertberechtigungen (Konto 4592900) berechtigten zu Mehraufwendungen bei Zuführungen Einzelwertberechtigungen (Konto 5732200)
Erläuterungen zu 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

1220201 5291100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
Die Kosten für die Online-Versteigerung durch Nutzung eines Online-Auktionshauses werden an der Höhe des Versteigerungserlöses ermittelt.

Aufwand für den interkommunalen Vergleich von Bürgerbüros.

Aufwand für die Herstellung von Personalausweisen und Reisepässen.

1220203 5291100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
Kosten für die Erstellung von EU-Scheckkarten-Führerschein bei der Bundesdruckerei GmbH.

Erwerb von Chipkarten für die Anbindung DIGANT@FS an die Bundesdruckerei und KBA.

Kosten für die Erstellung und den Versand von Speicherkarten (Werkstatt-, Fahrer- und Unternehmer-Karten) (ehem. Fahrtenstreifen) beim Kraftfahrt-Bundesamt.

Erläuterungen zu 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen

1220201 5450000 Erstattungen an Bund
Anteilmäßige Abführung an den Bund (Gewerbezentralregister, Führungszeugnisse).

1220203 5450000 Erstattungen an Bund
Anteilige pflichtige Gebührenabführungen an das Kraftfahrzeugbundesamt (=zentrales Verkehrsregister/VZR)
(z.B. Gebühren für die Zuteilung von Zulassungsbescheinigungen Teil II, Erstellung/Benachrichtigung von Erfassungsunterlagen im Kfz- sowie Fahrerlaubnisbereich, Auskünfte aus dem VZR).

Erläuterungen zum Produkt:

Ertsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 gehört dieses Produkt zum Budget 32 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich:
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	32 - Marina Kluge
Fachbereich	12204	Bußgeldangelegenheiten	

Produktbeschreibung

Produktbeschreibung

Dieses Produkt beinhaltet die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Schwerpunkte sind hier die Ordnungswidrigkeiten bezüglich des fließenden Verkehrs einschließlich deren Feststellung (sog. Blitzer), aber auch die durch den Außendienst festgestellten Verstöße bezüglich des ruhenden Verkehrs (sog. Knöllchen). Des Weiteren werden auch Ordnungswidrigkeiten gegen die unterschiedlichsten Rechtsnormen des Bundes, des Landes oder der Kommune (z.B. Grünflächensatzung, Stadtordnung etc.) geahndet.

zuständiger Ausschuss

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung

freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage

Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Verringerung der Gefährdung aller Teilnehmer des öffentlichen Lebens durch präventive und erzieherische Maßnahmen.

Zielgruppen

Einwohnerinnen/Einwohner, Einwohnerinnen/Einwohner Umland, Unternehmerinnen/Unternehmer, Besucherinnen/Besucher, Fachbereiche, andere Verwaltungen

wesentliche Leistungen

Durchführung OWI-Verfahren fließender Verkehr

OWI-Verfahren bzgl. des ruhenden Verkehrs

OWI-Verfahren bezüglich fachbereichsinterner Zuständigkeiten

OWI-Verfahren bezüglich fachbereichsübergreifender Zuständigkeiten

Kennzahlen

Messzeitquote (reine Messzeit zu Arbeitszeit)

Auswertequote fließender Verkehr

Anzahl Verwarungen/Anhörungen fließender Verkehr

Anzahl Bußgeldverfahren fließender Verkehr

Anzahl Verwarungen/Anhörungen ruhender Verkehr

Anzahl Bußgeldverfahren ruhender Verkehr

Anzahl sonstige Verfahren

Stellenausstattung laut Stellenplan

Anteil Erträge Produkt 12204 an Gesamterträge LHP

Anteil Aufwendungen Produkt 12204 an Gesamtaufwendungen LHP

Kostendeckungsgrad

Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner

	Vorläufiges Ist 2012	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Messzeitquote	50,00 %	60,00 %	0,00 %	0,00 %
Auswertequote	73,00 %	80,00 %	80,00 %	80,00 %
Anzahl Verwarungen/Anhörungen fließender Verkehr	44.188,00 Anz	45.000,00 Anz	54.000,00 Anz	54.000,00 Anz
Anzahl Bußgeldverfahren fließender Verkehr	2.707,00 Anz	5.000,00 Anz	6.000,00 Anz	6.000,00 Anz
Anzahl Verwarungen/Anhörungen ruhender Verkehr	126.976,00 Anz	154.900,00 Anz	143.675,00 Anz	138.575,00 Anz
Anzahl Bußgeldverfahren ruhender Verkehr	1.795,00 Anz	3.600,00 Anz	1.600,00 Anz	1.600,00 Anz
Anzahl sonstige Verfahren	2.824,00 Anz	1.400,00 Anz	2.500,00 Anz	2.500,00 Anz
Stellenausstattung laut Stellenplan	0,00 VZE	26,75 VZE	22,75 VZE	22,75 VZE
Anteil Erträge Produkt 12204 an Gesamterträge LHP	0,52 %	0,36 %	0,31 %	0,31 %
Anteil Aufwendungen Produkt 12204 an Gesamtaufwendungen LHP	0,31 %	0,56 %	0,64 %	0,62 %
Kostendeckungsgrad	170,67 %	151,99 %	201,93 %	197,36 %
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner	0,00 EUR	6,28 EUR	11,17 EUR	10,59 EUR

Gesamtwirtschaft 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 122 Ordnungsangelegenheiten
 Fachbereich 12204 Bußgeldangelegenheiten

Produktverantwortlich:
 32 - Marina Kluge

Teilergebnishaushalt (Budget)		Ansatze					Planung	
		Vorläufiges Ergebnis 2012	2014	2015	2016	2017	2018	2019
		€	€	€	€	€	€	€
Ertrags- und Aufwandsarten		1	2	3	4	5	6	7
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	802,98	0	700	0	0	0	0
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte *	282.703,47	300.000	505.300	493.800	493.800	493.800	493.800
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen *	70.781,29	60.500	84.800	82.900	82.900	82.900	82.900
7	+ Sonstige ordentliche Erträge *	2.418.677,35	2.672.000	3.109.200	3.051.700	3.051.700	3.051.700	3.051.700
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
10	= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.772.965,09	3.032.500	3.700.000	3.628.400	3.628.400	3.628.400	3.628.400
11	- Personalaufwendungen	1.116.893,19	1.240.900	1.105.700	1.125.100	1.129.000	1.142.100	1.126.400
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen *	161.080,70	261.200	234.100	221.900	221.900	222.100	251.100
14	- Abschreibungen	45.330,92	152.400	131.200	130.200	130.200	130.200	130.200
15	- Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.150,23	5.000	500	500	500	500	500
17	= Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.326.455,04	1.659.500	1.471.500	1.477.700	1.481.600	1.494.900	1.508.200
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. - 17.)	1.446.510,05	1.373.000	2.228.500	2.150.700	2.146.800	2.133.500	2.120.200
19	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	0,00	0	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= 18. + 21.)	1.446.510,05	1.373.000	2.228.500	2.150.700	2.146.800	2.133.500	2.120.200
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= 22. + 25.)	1.446.510,05	1.373.000	2.228.500	2.150.700	2.146.800	2.133.500	2.120.200
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	298.319,39	335.700	360.800	360.800	360.800	360.800	360.800
29	= Gesamtergebnis des Teilhaushalts	1.148.190,66	1.037.300	1.867.700	1.789.900	1.786.000	1.772.700	1.759.400
	Nachrichtlich:	0,00	0	0	0	0	0	0
30	nicht zahlungswirksame Erträge	50.547,07	0	700	0	0	0	0
31	nicht zahlungswirksame Aufwendungen	45.330,92	152.400	131.200	130.200	130.200	130.200	130.200

Landeshauptstadt Potsdam

2015 / 2016

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich: 32 - Marina Kluge
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Fachbereich	12204	Bußgeldangelegenheiten	

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich: 32 - Marina Kluge
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Fachbereich	12204	Bußgeldangelegenheiten	

Erläuterungen zum Teilergebnisplan:

Erläuterungen zu 4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

1220400 4311400 Verwaltungsgebühren nach GebG Bbg

Der Planansatz wird durch die Anzahl der Ordnungswidrigkeitenverfahren bestimmt. Die Festsetzung der Verwaltungsgebühren erfolgt für Kosten- und Bußgeldbescheide entsprechend § 107 OWiG.

Erläuterungen zu 6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen

1220400 4488300 Erstattung von übrigen Bereich en (öffentl./rechtl. Forderung)

Mit Zustellung eines Kosten- oder Bußgeldbescheides ist die Verwaltungsbehörde berechtigt gemäß § 107 OWiG Auslagen zu erheben.

Erläuterungen zu 7 + Sonstige ordentliche Erträge

Mehrerträge bei der Auflösung von Einzelwertberechtigungen (Konto 4592900) berechtigen zu Mehraufwendungen bei Zuführungen Einzelwertberechtigungen (Konto 5732200)

1220400 4561100 Verwarungs- und Bußgelder

Gemäß bundeseinheitlichen Tatbestandskatalog können 5 bis 35 EUR für Verwarungen und 40 bis 450 EUR für Bußgelder im fließenden und ruhenden Verkehr erhoben werden.

Sonstige Ordnungswidrigkeitenverfahren werden durch den Fachbereich 32 und anderer Fachbereiche der Stadtverwaltung sowie durch die Polizei angezeigt. Diese Anzeigen führen in unterschiedlicher Anzahl zu Verstößen aus sehr verschiedenen Rechtsgebieten (Satzungen, Landes- oder Bundesgesetze)

Erläuterungen zu 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

1220400 5231700 Mieten für technische Geräte

Zur Überwachung des fließenden Verkehrs ist gemäß Vertrag vom 23.10.2010 zur Nutzung einer mobilen Messanlage in einem Kfz für die Restnutzungsdauer ein Mietzins zu entrichten.(Vertrag endet 2015)

1220400 5231900 sonstige Mieten und Pachten

Zur Überwachung des fließenden Verkehrs sind gemäß Vertrag vom 28.012014 zur Nutzung von zwei mobilen Messanlagen in jeweils einem Kfz Mietzinsen zu entrichten.

Mit Ablauf des Vertrages 2015 im Kto. 5231700-Mieten technischer Geräte ist vorgesehen zur Überwachung des fließenden Verkehrs weitere Messanlagen mit Kfz anzumieten.

Erläuterungen zum Produkt:

Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 gehört dieses Produkt zum Budget 32 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich:
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	32 - Marina Kluge
Fachbereich	12299	Fachbereichsleitung Ordnung und Sicherheit	

Produktbeschreibung

Produktbeschreibung

Management der Bereiche Allgemeine Ordnungsangelegenheiten, Bürgerservice, Bußgeldstelle, öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (Abfallentsorgung).

zuständiger Ausschuss

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung

freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe, pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage

intern

Ziele

Sicherung des ordnungsgemäßen, effektiven und effizienten Handelns der Organisationseinheiten des Fachbereiches.

Zielgruppen

Auszubildende, Fachbereiche, Verwaltungsführung, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, andere Verwaltungen, Stadtverordnetenversammlung, Einwohnerinnen/Einwohner, Einwohnerinnen/Einwohner Umland, Unternehmer/Unternehmer, Besucherinnen/Besucher

wesentliche Leistungen

	Vorläufiges Ist 2012	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kennzahlen				
Stellenausstattung laut Stellenplan	0,00 VZE	6,75 VZE	6,63 VZE	6,75 VZE
Kostendeckungsgrad	1,14 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Anteil Aufwendungen Produkt 12299 an Gesamtaufwendungen LHP	0,07 %	0,09 %	0,07 %	0,08 %
Anteil Erträge Produkt 12299 an Gesamterträge LHP	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner	0,00 EUR	-2,98 EUR	-2,61 EUR	-2,62 EUR

Landeshauptstadt Potsdam

2015 / 2016

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich:
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	32 - Marina Kluge
Fachbereich	12299	Fachbereichsleitung Ordnung und Sicherheit	

		Produktverantwortlich:						
		Vorläufiges Ergebnis 2012	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
		€	€	€	€	€	€	€
Teilergebnishaushalt (Budget)								
Ertrags- und Aufwandsarten								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0	0	0	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.627,02	0	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige ordentliche Erträge *	605,00	0	0	0	0	0	0
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
10	= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.232,02	0	0	0	0	0	0
11	- Personalaufwendungen	307.023,00	354.500	359.200	364.800	373.700	384.900	390.400
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	46.115,96	109.500	49.400	49.400	49.400	49.400	49.400
14	- Abschreibungen	0,00	0	0	0	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.632,55	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
17	= Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	355.771,51	472.000	416.600	422.200	431.100	442.300	447.800
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. - 17.)	-351.539,49	-472.000	-416.600	-422.200	-431.100	-442.300	-447.800
19	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	0,00	0	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= 18. + 21.)	-351.539,49	-472.000	-416.600	-422.200	-431.100	-442.300	-447.800
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= 22. + 25.)	-351.539,49	-472.000	-416.600	-422.200	-431.100	-442.300	-447.800
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.107,34	20.500	20.500	20.500	20.500	20.500	20.500
29	= Gesamtergebnis des Teilergebnishaushalts	-367.646,83	-492.500	-437.100	-442.700	-451.600	-462.800	-468.300
30	Nachrichtlich:	0,00	0	0	0	0	0	0
30	nicht zahlungswirksame Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
31	nicht zahlungswirksame Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich:
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	32 - Marina Kluge
Fachbereich	12299	Fachbereichsleitung Ordnung und Sicherheit	

Landeshauptstadt Potsdam

2015 / 2016

Gesamtverwaltung	12	Sicherheit und Ordnung	Produktverantwortlich: 32 - Marina Kluge
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Fachbereich	12299	Fachbereichsleitung Ordnung und Sicherheit	

Erläuterungen zum Teilergebnisplan:**Erläuterungen zu 7 + Sonstige ordentliche Erträge**

Mehrerträge bei der Auflösung von Einzelwertberechtigungen (Konto 4592900) berechnen zu Mehraufwendungen bei Zuführungen Einzelwertberechtigungen (Konto 5732200)

Erläuterungen zum Produkt:

Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 gehört dieses Produkt zum Budget 32 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).

Gesamtverwaltung	53	Ver- und Entsorgung	Produktverantwortlich:
Produktgruppe	537	Abfallwirtschaft	32 - Marina Kluge
Fachbereich	53702	Abfallentsorgung	

Produktbeschreibung

Produktbeschreibung

Organisation der öffentlichen Abfallentsorgung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben.

Die öffentliche Abfallentsorgung umfasst das Einsammeln, Befördern, Behandeln, Lagern, Umschlagen, Verwerten und Beseitigen von Abfällen sowie die Abfallgebührenerhebung.

zuständiger Ausschuss

Ausschuss für Finanzen, Hauptausschuss, Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung

pfllichtige Selbstverwaltungsaufgabe

Auftragsgrundlage

Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz),

Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG)
Kommunalabgabengesetz

Abfallentsorgungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Abfallgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Ziele

Umweltgerechte, wirtschaftliche und bedarfsgerechte Abfallentsorgung im Gemeindegebiet verbunden mit einer möglichen Stabilität in den Abfallgebühren.
Senkung des Restabfallaufkommen in Verbindung einer gesonderten Erfassung von Bio-Abfällen
Abfallberatung zur Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen

Zielgruppen

EinwohnerInnen/Einwohner, UnternehmerInnen/Unternehmer, GrundstückseigentümerInnen/Grundstückseigentümer

wesentliche Leistungen

Grundgebühr je Person
Grundgebühr je Beschäftigten
Mengengebühr 120l-Gefäß
Mengengebühr 240l-Gefäß
Mengengebühr 1100l-Gefäß
Betrieb gewerblicher Art (BGA) - Duales System

	Vorfälliges Ist 2012	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kennzahlen				
Anschlussgrad am Erfassungssystem	93,20 %	97,00 %	0,00 %	0,00 %
Anzahl der illegalen Abfallablagerungen	687,00 Anz	650,00 Anz	0,00 Anz	0,00 Anz
Stellenausstattung laut Stellenplan	0,00 VZE	12,75 VZE	12,63 VZE	12,75 VZE
spezifisches Restmüllaufkommen in kg/Einwohner	0,00 Anz	0,00 Anz	170,00 Anz	157,00 Anz
spezifisches Bioabfallaufkommen in kg/Einwohner	0,00 Anz	0,00 Anz	5,00 Anz	29,00 Anz

Druckdatum: 19.11.2014

Planstufe: 11 Einbringung SVV 03.12.2014

Landeshauptstadt Potsdam

2015 / 2016

Gesamtenwaltung	53	Ver- und Entsorgung	Produktverantwortlich:
Produktgruppe	537	Abfallwirtschaft	32 - Marina Kluge
Fachbereich	53702	Abfallentsorgung	

Kostendeckungsgrad laut BAB	0,00 %	100,00 %	99,97 %	100,00 %
Kostendeckungsgrad	99,79 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Anteil Aufwendungen Produkt 53702 an Gesamtaufwendungen LHP	2,51 %	2,58 %	2,45 %	2,83 %
Anteil Erträge Produkt 53702 an Gesamterträge LHP	2,47 %	2,60 %	2,46 %	2,84 %
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner	0,00 EUR	-1,33 EUR	0,00 EUR	-0,12 EUR

Teilergebnishaushalt (Budget)		Ansatze					Planung	
		Vorläufiges Ergebnis 2012	2014	2015	2016	2017	2018	2019
		€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
Ertrags- und Aufwandsarten								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	222.108,84	226.000	229.800	231.600	233.500	235.400	237.300
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.975.243,78	12.921.700	12.777.900	15.067.100	15.853.600	16.378.000	17.052.700
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	898.818,91	817.200	1.248.300	1.248.300	1.218.900	1.100.000	1.100.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge *	34.941,74	500	500	0	0	500	0
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
10	= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.131.113,27	13.965.400	14.256.500	16.547.000	17.306.000	17.713.900	18.390.000
11	- Personalaufwendungen	550.233,14	671.600	676.300	677.600	667.400	679.000	695.300
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	60.432,86	135.000	138.100	133.500	119.200	114.600	114.100
14	- Abschreibungen	13.713,47	40.300	40.300	40.300	40.300	40.300	40.300
15	- Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.312.003,50	12.969.700	13.167.900	15.464.200	16.263.800	16.703.900	17.374.000
17	= Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	12.936.382,97	13.816.600	14.022.600	16.315.600	17.090.700	17.537.900	18.223.700
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. - 17.)	194.730,30	148.800	233.900	231.400	215.300	176.100	166.300
19	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	0,00	0	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= 18. + 21.)	194.730,30	148.800	233.900	231.400	215.300	176.100	166.300
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= 22. + 25.)	194.730,30	148.800	233.900	231.400	215.300	176.100	166.300
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	22.071,63	24.400	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	244.860,18	393.800	234.000	251.400	251.400	251.400	251.400
29	= Gesamtergebnis des Teilhaushalts	-28.058,25	-220.600	-100	-20.000	-36.100	-75.300	-85.100
Nachrichtlich:		0,00	0	0	0	0	0	0
30	nicht zahlungswirksame Erträge	32.932,67	0	0	0	0	0	0
31	nicht zahlungswirksame Aufwendungen	468.944,29	-42.100	-922.000	40.300	40.300	40.300	40.300

Landeshauptstadt Potsdam**2015 / 2016**

Gesamtverwaltung	53	Ver- und Entsorgung	Produktverantwortlich: 32 - Marina Kluge
Produktgruppe	537	Abfallwirtschaft	
Fachbereich	53702	Abfallentsorgung	

Kurzbezeichnung der Maßnahme Anbindung der Bußgeldstelle und der Ausländerbehörde an das Dokumentenmanagementsystem (DMS)		Nr. GB3-05
Organisationseinheit: Fachbereich 32 Ordnung und Sicherheit	Produkt-Nr /-bezeichnung: 12204 Bußgeldangelegenheiten 12202 Bürgerservice	
Erläuterung und Begründung der Maßnahme		
<p>Ausgangslage Die in der Bußgeldstelle und in der Ausländerbehörde eingesetzten Fachverfahren sind gegenwärtig noch nicht über durchgängig digitale Prozesse (einschließlich Archivierung) abgebildet und an das zentrale Dokumentenmanagementsystem der LHP angebinden. Dies führt zu aufwendigen Bearbeitungsprozessen mit Medienbrüchen und entsprechenden Folgen für die Qualität und Effizienz der Aufgabenwahrnehmung.</p> <p>Ausgangslage Ausländerbehörde: Das Fachverfahren der Ausländerbehörde (ADVIS des Herstellers Kommunix GmbH) bietet eine Schnittstelle an das DMS an. Alle Daten, die über das Fachverfahren eingegeben werden, werden in einer Datenbank gespeichert. Alle dazugehörigen Dokumente wie Bescheide, Fotos, Schriftverkehr werden in der Papierakte aufbewahrt. In den Büros der Mitarbeiter stapeln sich bereits die Akten sowie in den drei Archivräumen. Werden Akten benötigt, muss die Akte beschafft und oftmals zeitaufwendig in dieser recherchiert werden. Des Weiteren wird eine Ausländerakte bei Bedarf zu unterschiedlichen Behörden/Stellen zwecks Recherche oder Einsicht weitergeleitet und somit zahlreiche Retente erstellt. Diese kommen bei Rückkehr wieder zur Originalakte, die Akte wächst und wird unübersichtlich. Die eAkte würde dieses nicht mehr erfordern.</p> <p>Zielsetzung Ziel ist die Anbindung der Fachsoftware an das zentrale Dokumentenmanagementsystem sowie die vollständige, medienbruchfreie Digitalisierung.</p>		
Umsetzungsvoraussetzungen		
<ul style="list-style-type: none"> - personelle Ressourcen im Fachbereich Ordnung und Sicherheit (Projektleitung), - finanzielle und personelle Ressourcen im Bereich IT 		
Auswirkung der Maßnahme		
<ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung von Raumbedarfen und -kosten, da keine Archive mehr benötigt werden. - Durch digitale Aktenführung steigt die Qualität (Revisionssicherheit, richtige Sortierung, Vermeidung von Kopien, mehr Transparenz und somit verbesserte Controllingmöglichkeiten). - Schnellerer Informationszugriff, so dass auf Anfragen schneller reagiert werden kann und somit Verbesserung des Kundenservice. - Der gesamte Arbeitsprozess wird beschleunigt, da Suchzeiten wegfallen. Das Anfertigen von Kopien für Rechtsanwälte oder Gerichte fällt weg, Papier- und Portokosten werden vermindert. Steigerung der Motivation der Mitarbeiterinnen, wenn zeitraubende Suchen nach Informationen wegfallen. 		
Erläuterung finanzielle Wirkung der Maßnahme		
<p>Durch die Prozessoptimierung würden Personalkapazitäten frei, die zur Deckung wachstumsbedingter Mehrbedarfe eingesetzt werden könnten. (Nach gegenwärtigen Kenntnisstand rund 0,5 VZE, 20.000 EUR). Darüber hinaus würden Raumkapazitäten entfallen. So wird nach gegenwärtigem Kenntnisstand angenommen, dass Archivräume entfallen und somit der Teilhaushalt um rund 16.000 EUR entlastet werden könnte. Gegenwärtig werden für die Archivierung der Akten der Bußgeldstelle und der Ausländerbehörde Archivräume gebunden. Diese würden nicht mehr benötigt und somit den Teilhaushalt um rund 16.000 EUR entlasten. Damit kann der Effekt der Maßnahme mit rund 36.000 EUR kalkuliert werden.</p>		

Darstellung Haushaltseffekt (in EUR)							
	Konto-Gr.	2015	2016	2017	2018	2019	ff.
HH-Effekt			36.000	36.000	36.000	36.000	36.000
<u>Erläuterungen zum Haushaltseffekt</u>							
Der Haushaltseffekt der Maßnahme stellt sich an unterschiedlichen Stellen in unterschiedlicher Form im Haushaltsplan dar und kann an dieser Stelle nicht präziser abgebildet werden.							
<u>Maßnahme in der Haushaltsplanung 2015/2016 berücksichtigt:</u>							
<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein							
<u>Anlagen</u>							
<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein							

Information
der Verwaltung des Fachbereiches Feuerwehr zum Teilergebnis- und
Teilfinanzhaushalt des Doppelhaushaltes für die Jahre 2015/2016

1. Vorbemerkungen

Der Haushaltsplan 2015/2016 des Fachbereiches Feuerwehr gliedert sich in folgende Produkte:

Produktnummer	Bezeichnung
12600	Brandschutzaufgaben
12699	Fachbereichsleitung Feuerwehr
12700	Rettungsdienstaufgaben
12701	Regionalleitstelle
12800	Katastrophenschutz

Zur Stärkung der dezentralen Ressourcenverwaltung wurden auf der Ebene der Produkte Teilergebnishaushalte und Teilfinanzhaushalte gebildet. Gemäß § 6 Abs. 3 KomHKV bilden Teilhaushalte ein Budget. Darüber hinaus wurden zur flexiblen Haushaltsführung für einige Investitionsmaßnahmen in den Auszahlungskonten spezielle Deckungskreise eingerichtet.

- Deckungskreis 7070
Investitions-Nr 0737000170002 – Löschwasserbrunnen
(Kontengruppe 78)
- Deckungskreis 7071
Investitions-Nr. 37000001 - Brandschutz - Ausstattung inkl.
Software, Ausrüstung (Kontengruppe 78)
- Deckungskreis 7072
Investitions-Nr. 37000002 - Rettungsdienst - Ausstattung inkl.
Software, Ausrüstung (Kontengruppe 78)
- Deckungskreis 7073
Investitions-Nr. 37000003 - Regionalleitstelle - Ausstattung inkl.
Software, Ausrüstung (Kontengruppe 78)
- Deckungskreis 7074
Investitions-Nr. 37000004 - Katastrophenschutz - Ausstattung,
Ausrüstung (Kontengruppe 78)

2. Teilergebnishaushalt

Der Zuschussbedarf im Budget des FB 37 steigt stetig an.

Gründe sind überwiegend steigende Personalkosten wegen:

- Personalaufwuchs im Rettungsdienst wegen steigendem Vorhaltungsbedarf (100 % Gegenfinanzierung)

- Personalaufwuchs im Brandschutz durch Neugestaltung der Arbeitszeit entsprechend den aktuellen gesetzlichen Regelungen

3. Teilfinanzhaushalt

Der Fachbereich Feuerwehr plant 2015/2016 für investive Maßnahmen:

Invest-Nummer	Bezeichnung	2015 in EUR	2016 in EUR
37000001	Brandschutz - Ausstattung, Ausrüstung, Software	205.200	152.200
37000002	Rettungsdienst - Ausstattung, Ausrüstung, Software	69.500	68.700
37000003	Regionalleitstelle - Ausstattung, Ausrüstung, Software	35.000	176.200
37000004	Katastrophenschutz - Ausstattung, Ausrüstung	2.300	2.300
37000005	Brandschutz - Drehleiterfahrzeug	0	500.000
37000012	Katastrophenschutz - Sirenen- Frühwarnsystem	0	0
37000013	Katastrophenschutz - Förderfahrzeuge	340.000	0
0737000170002	Löschwasserbrunnen	30.000	30.000
Gesamtinvestitionen		682.000	929.400

Die Investitionsmaßnahme 37000005 wird zu 60 % durch das Land Brandenburg gefördert und der Eigenanteil durch die Veräußerung von Sachanlagen des FB 37 generiert. Die Investitionsmaßnahme 37000013 wird zu 70 % durch das Land Brandenburg mittels Zuweisung gefördert.

Nach Abzug der Fördereinnahmen ergibt sich für den Fachbereich Feuerwehr folgendes bereinigtes Investitionsvolumen aus Eigenmitteln:

	2015 in EUR	2016 in EUR
Gesamtinvestitionen	682.000	929.400
Erträge aus Fördereinnahmen/Verkäufen	-238.000	-500.000
Eigenmittel (bereinigtes Investvolumen)	444.000	429.400

4. Aufgabenstruktur

Der Fachbereich Feuerwehr erfüllt zu 100 % Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung.

Anlagen: Teilergebnis-/Teilfinanzhaushalt 2015/2016

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 126 Brandschutz
 Produkt 12600 Brandschutzaufgaben

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Produktbeschreibung

Produktbeschreibung

Merkmale dieses Produktes sind die Brandbekämpfung, technische Hilfeleistungen, Brandsicherheitswachdienst, Brandverhütungsschauen, Brandschutzerziehung und Aufklärung, Stellungnahmen zu Fragen des Brandschutzes und Rettungsdienstes, Mitwirkung und Beratung.

zuständiger Fachausschuss

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung

freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - BbgBKGG) vom 24. Mai 2004, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I. S. 202 [2008])

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern zum Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz vom 30. November 2005(GVBl. II/09, (Nr. 33), S.686); auf Grund des § 76 Absatz 1 Satz2 des Landesbeamtengesetzes vom 3. April 2009 (GVBl. S.26)geändert in Verordnung über die Arbeitszeit für die Beamten des Polizeivollzugsdienstes und des Justizvollzugsdienstes des Landes Brandenburg (Brandenburgische Arbeitszeitverordnung Polizei, Feuerwehr, Justizvollzug - BbgAZVPF-J) am 10.Juli 2014 (GVBl. II, (Nr.45)

Brandschauverordnung (BrSchV) vom 13. Dezember 2013 (GVBl.II/13, [Nr83])

Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. September 2008 (GVBl./08, [Nr. 14] S.226) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29.11.2010 (GVBl. II/10, [Nr. 39]) und darauf basierender Sonderbauvorschriften

Technische Regeln in geltender Fassung

Brandenburgische Versammlungsstättenverordnung - BbgVStättV vom 29. November 2005 (GVBl. II S. 540) geändert durch Verordnung vom 24.8.2012 (GVBl.II/12, [Nr. 76])

Ziele

1. Rettung von Menschen und Tieren
2. Schutz von Sachwerten und der Umwelt
3. Verhinderung der Schadensausbreitung

Zielgruppen

Eltern, Städtische GmbH, Zwangungsempfänger, Einwohnerinnen/Einwohner, Einwohnerinnen/Einwohner Umland, Unternehmerinnen/Unternehmer, Besucherinnen/Besucher, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen/Migranten, Kinder, Jugendliche, Seniorinnen/Senioren, SchülerInnen/Schüler, Auszubildende, Studentinnen/Studenten, Fachbereiche, Verwaltungsbereiche, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, andere Verwaltungen, Grundstückseigentümerinnen/Grundstückseigentümer, Stadtverordnetenversammlung

wesentliche Leistungen

Brandbekämpfung
 Technische Hilfeleistung
 Brandsicherheitswachdienst
 Stellungnahmen
 Brandsicherheitschauen
 Brandschutzerziehung und -aufklärung

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 126 Brandschutz
 Produkt 12600 Brandschutzaufgaben

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Kennzahlen	Voriäufiges Ist 2012		Plan 2014		Plan 2015		Plan 2016	
	VZE	Anz	VZE	Anz	VZE	Anz	VZE	Anz
Stellenausstattung laut Stellenplan	103,00		124,00		126,00		126,00	
Einsatzzahlen technische Hilfeleistungen (Einsätze und Fehlalarme)	1.732,00	Anz	1.500,00	Anz	1.500,00	Anz	1.500,00	Anz
Hilfsfristehaltung von 8 bzw. 13 Minuten	47,00	%	80,00	%	80,00	%	80,00	%
Einsatzzahlen Brandbekämpfung	1.079,00	Anz	1.000,00	Anz	1.000,00	Anz	1.000,00	Anz
Einsatzzahlen übrige technische Hilfeleistung	1.539,00	Anz	1.400,00	Anz	1.400,00	Anz	1.400,00	Anz
Einsatzzahlen gesamtes Produkt	2.811,00	Anz	2.500,00	Anz	2.500,00	Anz	2.500,00	Anz
Einsatzzahlen umweltbedingte Hilfeleistungen	193,00	Anz	200,00	Anz	200,00	Anz	200,00	Anz
Instandhaltungsanteil an den Gesamtaufwendungen	5,64	%	5,00	%	5,00	%	5,00	%
Abschreibungsanteil an den Gesamtaufwendungen	12,52	%	9,00	%	9,00	%	9,00	%
Anteil Fehlalarme	34,19	%	35,00	%	35,00	%	35,00	%
Hauptamtliches Personal je 1000 Einwohner	0,65	Anz	0,74	Anz	0,75	Anz	0,75	Anz
Kostendeckungsgrad	7,18	%	7,05	%	4,15	%	6,14	%
Ertrag je Einsatz (Gesamtzahl)	183,56	EUR	254,36	EUR	132,80	EUR	204,47	EUR
Aufwand je Einsatz	2.557,28	EUR	3.608,04	EUR	3.201,07	EUR	3.328,37	EUR
Erfüllungsgrad Brandschauen	100,83	%	100,00	%	100,00	%	100,00	%
Abrechnungsquote Brandschutz	18,43	%	26,00	%	26,00	%	26,00	%
Produktkosten je Einwohner	53,85	EUR	54,57	EUR	57,45	EUR	59,08	EUR
Produktträge je Einwohner	3,87	EUR	3,85	EUR	2,38	EUR	3,63	EUR
Anteil Aufwendungen Produkt 12600 an Gesamtaufwendungen LHP	1,63	%	1,64	%	1,65	%	1,71	%
Anteil Erträge Produkt 12600 an Gesamterträge LHP	0,12	%	0,12	%	0,07	%	0,11	%
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner	0,00	EUR	-50,72	EUR	-55,06	EUR	-55,45	EUR

Produktbeschreibung

Merkmale dieses Produktes sind die Brandbekämpfung, technische Hilfeleistungen, Brandsicherheitswachdienst, Brandverhütungsschauen, Brandschutzerziehung und Aufklärung, Stellungnahmen zu Fragen des Brandschutzes und Rettungsdienstes, Mitwirkung und Beratung.

zuständiger Fachausschuss

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung

freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - BbgBKGG) vom 24. Mai 2004, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I. S. 202 [206])

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern zum Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz vom 30. November 2005 (GVBl. II/09, Nr. 33), S. 686; auf Grund des § 76 Absatz 1 Satz 2 des Landesbeamtengesetzes vom 3. April 2009 (GVBl. S. 26) geändert in Verordnung über die Arbeitszeit für die Beamten des Polizeivollzugsdienstes und des Justizvollzugsdienstes des Landes Brandenburg (Brandenburgische Arbeitszeitverordnung Polizei, Feuerwehr, Justizvollzug - BbgAZV/PF.) am 10. Juli 2014 (GVBl. II, Nr. 45)

Brandschauerordnung (BrSchV) vom 13. Dezember 2013 (GVBl. II/13, Nr. 83)

Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachungsordnung vom 17. September 2008 (GVBl. 08, [Nr. 14] S. 226) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29.11.2010 (GVBl. II/10, [Nr. 39]) und darauf basierender Sonderbauvorschriften

Technische Regeln in geltender Fassung

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 126 Brandschutz
 Produkt 12600 Brandschutzaufgaben

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Brandenburgische Versammlungsstättenverordnung - BbgVStättV vom 29. November 2005 (GVBl. II S. 540)
 geändert durch Verordnung vom 24.8.2012 (GVBl. II/12, [Nr. 76])

Ziele

1. Rettung von Menschen und Tieren
2. Schutz von Sachwerten und der Umwelt
3. Verhinderung der Schadensausbreitung

Zielgruppen

Eltern, Städtische GmbH, Zuwendungsempfänger, Einwohnerinnen/Einwohner, Einwohnerinnen/Senioren, Schülerinnen/Schüler, Auszubildende, Studentinnen/Studenten, Fachbereiche, Verwaltungsführung, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, andere Migrantinnen/Migranten, Kinder, Jugendliche, Seniorinnen/Senioren, Schülerinnen/Schüler, Auszubildende, Studentinnen/Studenten, Fachbereiche, Verwaltungsführung, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, andere Verwaltungen, Grundstückseigentümerinnen/Grundstückseigentümer, Stadtverordnetenversammlung

wesentliche Leistungen

Brandbekämpfung
 Technische Hilfeleistung
 Brandsicherheitswachdienst
 Stellungnahmen
 Brandsicherheitsschauen
 Brandschutzerziehung und -aufklärung

Kennzahlen

Stellenausstattung laut Stellenplan
 Einsatzzahlen technische Hilfeleistungen (Einsätze und Fehlalarme)
 Hilfsfrist einhaltung von 8 bzw. 13 Minuten
 Einsatzzahlen Brandbekämpfung
 Einsatzzahlen übrige technische Hilfeleistung
 Einsatzzahlen gesamtes Produkt
 Einsatzzahlen umweltbedingte Hilfeleistungen
 Instandhaltungsanteil an den Gesamtaufwendungen
 Abschreibungsanteil an den Gesamtaufwendungen
 Anteil Fehlalarme
 Hauptamtliches Personal je 1000 Einwohner
 Kostendeckungsgrad
 Ertrag je Einsatz (Gesamtzahl)
 Aufwand je Einsatz
 Erfüllungsgrad Brandschauen
 Abrechnungsquote Brandschutz
 Produktkosten je Einwohner
 Produkterträge je Einwohner
 Anteil Aufwendungen Produkt 12600 an Gesamtaufwendungen LHP
 Anteil Erträge Produkt 12600 an Gesamterträge LHP
 Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner

Vorfühiges Ist 2012

103,00	VZE
1.732,00	Anz
47,00	%
1.079,00	Anz
1.539,00	Anz
2.811,00	Anz
193,00	Anz
5,64	%
12,52	%
34,19	%
0,65	Anz
7,18	%
183,56	EUR
2.557,28	EUR
100,83	%
18,43	%
53,85	EUR
3,87	EUR
1,63	%
0,12	%
0,00	EUR

Plan 2014

124,00	VZE
1.500,00	Anz
80,00	%
1.000,00	Anz
1.400,00	Anz
2.500,00	Anz
200,00	Anz
5,00	%
9,00	%
35,00	%
0,74	Anz
7,05	%
254,36	EUR
3.608,04	EUR
100,00	%
26,00	%
54,57	EUR
3,85	EUR
1,64	%
0,12	%
-50,72	EUR

Plan 2015

126,00	VZE
1.500,00	Anz
80,00	%
1.000,00	Anz
1.400,00	Anz
2.500,00	Anz
200,00	Anz
5,00	%
9,00	%
35,00	%
0,75	Anz
4,15	%
132,80	EUR
3.201,07	EUR
100,00	%
26,00	%
57,45	EUR
2,38	EUR
1,65	%
0,07	%
-55,06	EUR

Plan 2016

126,00	VZE
1.500,00	Anz
80,00	%
1.000,00	Anz
1.400,00	Anz
2.500,00	Anz
200,00	Anz
5,00	%
9,00	%
35,00	%
0,75	Anz
6,14	%
204,47	EUR
3.328,37	EUR
100,00	%
26,00	%
59,08	EUR
3,63	EUR
1,71	%
0,11	%
-55,45	EUR

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 126 Brandschutz
 Produkt 12600 Brandschutzaufgaben

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

	Vorläufiges Ergebnis 2012 €	Ansatz 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
Ertrags- und Aufwandsarten							
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	68.676,85	42.700	58.200	73.200	88.200	96.200	99.600
3 + Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0	0
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	320.104,31	400.000	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.066,09	4.200	200	200	200	200	200
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.003,59	9.000	0	0	0	0	0
7 + Sonstige ordentliche Erträge	15.557,61	0	0	0	0	0	0
8 + Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9 +/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
10 = Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	409.408,45	455.900	398.400	413.400	428.400	435.400	439.800
11 – Personalaufwendungen	6.028.901,21	5.656.100	6.199.800	6.242.000	6.352.500	6.388.400	6.458.900
12 – Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.866.386,75	2.483.200	2.701.100	2.799.800	2.880.500	2.985.500	3.044.000
14 – Abschreibungen	328.402,08	303.800	276.400	290.000	301.000	303.500	318.300
15 – Transferaufwendungen	25.122,70	20.900	22.900	22.900	22.900	22.900	22.900
16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen	94.440,99	64.600	138.100	153.400	153.700	154.000	154.300
17 = Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.345.253,73	8.528.600	9.338.300	9.508.100	9.710.600	9.854.300	9.998.400
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. - 17.)	-7.935.845,28	-8.072.700	-8.939.900	-9.094.700	-9.282.200	-9.417.900	-9.558.600
19 + Zinsen und sonstige Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0	0
20 – Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
21 = Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	0,00	0	0	0	0	0	0
22 = Ordentliches Ergebnis (= 18. + 21.)	-7.935.845,28	-8.072.700	-8.939.900	-9.094.700	-9.282.200	-9.417.900	-9.558.600
23 + Außerordentliche Erträge	207.000,00	180.000	0	200.000	0	0	0
24 – Außerordentliche Aufwendungen	4,85	180.000	0	200.000	0	0	0
25 = Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	206.995,15	0	0	0	0	0	0
26 = Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= 22. + 25.)	-7.728.850,13	-8.072.700	-8.939.900	-9.094.700	-9.282.200	-9.417.900	-9.558.600
27 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0	0
28 – Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	242.101,75	311.500	264.900	277.000	277.000	277.000	277.000
29 = Gesamtergebnis des Teilhaushalts	-7.970.951,88	-8.384.200	-9.204.800	-9.371.700	-9.569.200	-9.694.900	-9.835.600
Nachrichtlich:	0,00	0	0	0	0	0	0
30 nicht zahlungswirksame Erträge	75.512,60	42.700	58.200	73.200	88.200	96.200	99.600
31 nicht zahlungswirksame Aufwendungen	802.206,93	-2.737.800	-3.406.800	501.900	312.900	315.400	330.200

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 126 Brandschutz
 Produkt 12600 Brandschutzaufgaben

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Teilfinanzhaushalt (Investitionsmaßnahmen)	vorläufiges Ergebnis 2012 €	Ansatz 2014 €		Ansatz 2015 €		VE 2015 €		Ansatz 2016 €		VE 2016 €		Planung 2017 €		Planung 2018 €		Planung 2019 €	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9							
Einzahlungs- und Auszahlungsarten																	
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	246.686,95	180.000	0	0	0	300.000	0	0	0	0	0	0	160.000	0	0	0	0
2 + Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4 + Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5 + Einzahlungen aus Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen	207.170,00	180.000	0	0	200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6 + Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7 + Sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8 = Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	453.856,95	360.000	0	0	500.000	0	0	0	0	0	0	0	160.000	0	0	0	0
9 – Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.334,94	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10 – Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für Investitionen Dritter	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11 – Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	15.000	0	0	5.000	0	0	0	0	0	0	2.400	15.000	0	0	0	0
12 – Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13 – Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen	602.205,63	506.000	235.200	0	677.200	0	0	0	0	0	0	161.900	499.400	0	0	0	201.300
14 – Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15 – Sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16 = Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	603.540,57	521.000	235.200	0	682.200	0	0	0	0	0	0	164.300	514.400	0	0	201.300	0
17 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-149.683,62	-161.000	-235.200	0	-182.200	0	0	0	-182.200	0	0	-164.300	-354.400	0	-201.300	-201.300	0

Produktbereich	12 Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	126 Brandschutz
Produkt	12600 Brandschutzaufgaben

Verantwortliche/r Leiter/in:
37 - Wolfgang Hülsebeck

Erläuterungen zum Produkt:

Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 gehört dieses Produkt zum Budget 37 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 126 Brandschutz
 Produkt 12699 Fachbereichsleitung Feuerwehr

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Produktbeschreibung

Produktbeschreibung

Management der Bereiche Service und Logistik, Gefahrenabwehr, Gefahrenvorbeugung.

zuständiger Sachausschuss
 Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung
 pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage
 intern

Ziele
 Sicherung des ordnungsgemäßen, effektiven und effizienten Handelns der Organisationseinheiten des Fachbereiches.

Zielgruppen
 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

wesentliche Leistungen

	Vorläufiges Ist 2012	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kennzahlen				
Stellenausstattung laut Stellenplan	0,00 VZE	4,00 VZE	4,00 VZE	4,00 VZE
Anteil Aufwendungen Produkt 12699 an Gesamtaufwendungen LHP	0,05 %	0,05 %	0,05 %	0,05 %
Anteil Erträge Produkt 12699 an Gesamterträge LHP	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Kostendeckungsgrad	0,22 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner	0,00 EUR	-1,75 EUR	-1,73 EUR	-1,73 EUR

Produktbeschreibung

Management der Bereiche Service und Logistik, Gefahrenabwehr, Gefahrenvorbeugung.

zuständiger Sachausschuss
 Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung
 pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage
 Intern

Ziele
 Sicherung des ordnungsgemäßen, effektiven und effizienten Handelns der Organisationseinheiten des Fachbereiches.

Zielgruppen

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 126 Brandschutz
 Produkt 12699 Fachbereichsleitung Feuerwehr

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter		Plan 2012		Plan 2014		Plan 2015		Plan 2016	
<u>wesentliche Leistungen</u>		Vorläufiges Ist 2012		Plan 2014		Plan 2015		Plan 2016	
Kennzahlen		0,00	VZE	4,00	VZE	4,00	VZE	4,00	VZE
Stellenausstattung laut Stellenplan		0,05	%	0,05	%	0,05	%	0,05	%
Anteil Aufwendungen Produkt 12699 an Gesamtaufwendungen LHP		0,00	%	0,00	%	0,00	%	0,00	%
Anteil Erträge Produkt 12699 an Gesamterträge LHP		0,22	%	0,00	%	0,00	%	0,00	%
Kostendeckungsgrad		0,00	EUR	-1,75	EUR	-1,73	EUR	-1,73	EUR
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner									

Teilergebnishaushalt		Vorläufiges Ergebnis 2012	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
		€	€	€	€	€	€	€
Ertrags- und Aufwandsarten		1	2	3	4	5	6	7
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0	0	0	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	605,00	0	0	0	0	0	0
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
10	= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	605,00	0	0	0	0	0	0
11	- Personalaufwendungen	250.085,03	255.700	241.700	245.500	246.400	232.400	232.300
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	219,00	12.400	12.400	12.400	12.400	12.400	12.400
14	- Abschreibungen	3.904,01	3.900	17.300	16.400	15.700	6.000	3.100
15	- Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	596,45	1.000	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200
17	= Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	254.804,49	273.000	273.600	276.500	276.700	253.000	250.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. - 17.)	-254.199,49	-273.000	-273.600	-276.500	-276.700	-253.000	-250.000
19	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	0,00	0	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= 18. + 21.)	-254.199,49	-273.000	-273.600	-276.500	-276.700	-253.000	-250.000
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= 22. + 25.)	-254.199,49	-273.000	-273.600	-276.500	-276.700	-253.000	-250.000
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.650,76	16.000	14.900	15.200	15.200	15.200	15.200
29	= Gesamtergebnis des Teilergebnishaushalts	-270.850,25	-289.000	-288.500	-291.700	-291.900	-268.200	-265.200
30	Nachrichtlich: nicht zahlungswirksame Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
31	nicht zahlungswirksame Aufwendungen	3.904,01	3.900	17.300	16.400	15.700	6.000	3.100

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 126 Brandschutz
 Produkt 12699 Fachbereichsleitung Feuerwehr

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Teilfinanzhaushalt (Investitionsmaßnahmen)		voriäufiges Ergebnis 2012 €	Ansatz 2014 €	Ansatz 2016 €	VE 2015 €	Ansatz 2016 €	Ansatz 2018 €	VE 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
Einzahlungs- und Auszahlungsarten		1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	+ Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	+ Einzahlungen aus Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	+ Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für Investitionen Dritter	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	10.970,92	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	- Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	- Sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.970,92	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	-10.970,92	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Produktbereich	12 Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	126 Brandschutz
Produkt	12699 Fachbereichsleitung Feuerwehr

Verantwortliche/r Leiter/in:
37 - Wolfgang Hülsebeck

Erläuterungen zum Produkt:

Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 gehört dieses Produkt zum Budget 37 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 127 Rettungsdienst
 Produkt 12700 Rettungsdienstaufgaben

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Produktbeschreibung

Produktbeschreibung

Die schnellstmögliche Einleitung von Maßnahmen zur Lebenserhaltung oder zur Verhinderung schwerer gesundheitlicher Schäden und der Transport unter fachgerechter Betreuung in eine geeignete Gesundheitseinrichtung sollen durch das Produkt Rettungsdienst sichergestellt werden.

Eine frist- und qualitätsgerechte Hilfeleistung und Transport von Kranken, Verletzten oder Hilfebedürftigen, die keine Notfallpatienten sind (nach ärztlicher Beurteilung) stellen einen weiteren Bestandteil dieses Produktes dar.

Die sanitätsdienstliche Absicherung von Veranstaltungen, die Versorgung von kleinen Verletzungen von Gästen, im Notfall schnellstmögliche Einleitung von Maßnahmen zur Lebenserhaltung oder zur Verhinderung schwerer gesundheitlicher Schäden.

Zuständiger Sachausschuss

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung

freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - BbgBKGG) vom 24. Mai 2004 GVBl. I S. 197), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I S. 202[206])

Gesetz über den Rettungsdienst im Land Brandenburg (Brandenburgisches Rettungsdienstgesetz - BbgRettG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2008 (GVBl. I/08 [NR10] S. 186)

VO über den Landesrettungsdienstplan des Landes Brandenburg v. 24. Oktober 2011(GVBl.III/11, [Nr. 64]), geändert durch Verordnung vom 10. Juni 2014 (GVBl.II/14, [Nr.33])

Ziele

Rettung von Menschen.

Zielgruppen

Einwohnerinnen/Einwohner, Einwohnerinnen/Einwohner Umland, Unternehmerinnen/Unternehmer, Besucherinnen/Besucher, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen/Migranten, Kinder, Jugendliche, Seniorinnen/Senioren, SchülerInnen/Schüler, Auszubildende, Studentinnen/Studenten, Leistungsberechtigte, Fachbereiche, Verwaltungsbereiche, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, andere Verwaltungen, Grundstückseigentümerinnen/Grundstückseigentümer, Stadtverordnetenversammlung

wesentliche Leistungen

Rettungstransport
 Notarzteinsetz
 Krankentransport Feuerwehr
 Krankentransport HIO 1
 Krankentransport HIO 2
 Wasserrrettung
 Rettungssicherheitswachdienst

Kennzahlen

Stellenausstattung laut Stellenplan
 Hilfsfristeinhaltung Notfallrettung mit Notarzt von 15 Minuten
 Hilfsfristeinhaltung Notfallrettung ohne Notarzt

	Vorläufiges Ist 2012	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	52,00 VZE	55,00 VZE	80,00 VZE	83,00 VZE
	97,60 %	95,00 %	95,00 %	95,00 %
	93,80 %	95,00 %	95,00 %	95,00 %

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 127 Rettungsdienst
 Produkt 12700 Rettungsdienstaufgaben

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

	6.661,00	Anz	6.700,00	Anz	6.700,00	Anz	6.700,00	Anz
Einsatzzahlen Notfallrettung mit Notarzt	16.665,00	Anz	16.700,00	Anz	16.700,00	Anz	16.700,00	Anz
Einsatzzahlen Notfallrettung ohne Notarzt	2.991,00	Anz	3.000,00	Anz	3.000,00	Anz	3.000,00	Anz
Einsatzzahlen betreuungspflichtiger Krankentransport	14,70	%	2,00	%	2,00	%	2,00	%
Anteil der Fehlalarne	109,16	%	100,00	%	100,00	%	100,00	%
Kostendeckungsgrad Gesamtprodukt (lt. BAB)	105,47	%	100,00	%	100,00	%	100,00	%
Notfallrettung mit Notarzt - Kostendeckungsgrad (lt. BAB)	112,45	%	100,00	%	100,00	%	100,00	%
Notfallrettung ohne Notarzt - Kostendeckungsgrad (lt. BAB)	109,45	%	100,00	%	100,00	%	100,00	%
Betreuungspflichtiger Krankentransport - Kostendeckungsgrad (lt. BAB)	85,30	%	92,80	%	92,80	%	92,80	%
Abrechnungsquote Rettungsdienst	29,25	EUR	34,80	EUR	34,80	EUR	34,80	EUR
Produktkosten je Einwohner	31,93	EUR	34,19	EUR	34,19	EUR	34,19	EUR
Produktträge je Einwohner	0,89	%	1,04	%	1,04	%	1,04	%
Anteil Aufwendungen Produkt 12700 an Gesamtaufwendungen LHP	0,96	%	1,05	%	1,05	%	1,05	%
Anteil Erträge Produkt 12700 an Gesamterträge LHP	0,00	EUR	-0,61	EUR	-0,61	EUR	-0,61	EUR
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner								

Produktbeschreibung

Die schnellstmögliche Einleitung von Maßnahmen zur Lebenserhaltung oder zur Verhinderung schwerer gesundheitlicher Schäden und der Transport unter fachgerechter Betreuung in eine geeignete Gesundheitseinrichtung sollen durch das Produkt Rettungsdienst sichergestellt werden.

Eine frist- und qualitätsgerechte Hilfeleistung und Transport von Kranken, Verletzten oder Hilfebedürftigen, die keine Notfallpatienten sind (nach ärztlicher Beurteilung) stellen einen weiteren Bestandteil dieses Produktes dar.

Die sanitätsdienstliche Absicherung von Veranstaltungen, die Versorgung von kleinen Verletzungen von Gästen, im Notfall schnellstmögliche Einleitung von Maßnahmen zur Lebenserhaltung oder zur Verhinderung schwerer gesundheitlicher Schäden.

zuständiger Fachausschuss
 Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung
 freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - BbgBKG) vom 24. Mai 2004 GVBl. I S. 197), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I S. 202[206])

Gesetz über den Rettungsdienst im Land Brandenburg (Brandenburgisches Rettungsdienstgesetz - BbgRettG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2008 (GVBl. I/08 [NR10] S. 186)

VO über den Landesrettungsdienstplan des Landes Brandenburg v. 24. Oktober 2011(GVBl./II/11, [Nr. 64].) geändert durch Verordnung vom 10. Juni 2014 (GVBl. II/14, [Nr.33])

Ziele

Rettung von Menschen.

Zielgruppen

Einwohnerinnen/Einwohner, Einwohnerinnen/Einwohner Umland, Unternehmerinnen/Unternehmer, Besucherinnen/Besucher, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen/Migranten, Kinder, Jugendliche, Seniorinnen/Senioren, Schülerinnen/Schüler, Auszubildende, Studentinnen/Studenten, Leistungsberechtigte, Fachbereiche, Verwaltungsberechtigte, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, andere Verwaltungen, Grundstückseigentümerinnen/Grundstückeigentümer, Stadtverordnetenversammlung

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 127 Rettungsdienst
 Produkt 12700 Rettungsdienstaufgaben

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

	Vorläufiges Ist 2012	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
wesentliche Leistungen				
Rettungstransport				
Notarzteinsatz				
Krankentransport Feuerwehr				
Krankentransport HIO 1				
Krankentransport HIO 2				
Wasserrettung				
Rettungssicherheitswachdienst				
Kennzahlen				
Stellenausstattung laut Stellenplan	52,00 VZE	55,00 VZE	80,00 VZE	83,00 VZE
Hilfsfristeinhaltung Notfallrettung mit Notarzt von 15 Minuten	97,60 %	95,00 %	95,00 %	95,00 %
Hilfsfristeinhaltung Notfallrettung ohne Notarzt	93,80 %	95,00 %	95,00 %	95,00 %
Einsatzzahlen Notfallrettung mit Notarzt	6.661,00 Anz	6.700,00 Anz	6.700,00 Anz	6.700,00 Anz
Einsatzzahlen Notfallrettung ohne Notarzt	16.665,00 Anz	16.700,00 Anz	16.700,00 Anz	16.700,00 Anz
Einsatzzahlen betreuungspflichtiger Krankentransport	2.991,00 Anz	3.000,00 Anz	3.000,00 Anz	3.000,00 Anz
Anteil der Fehlarmedien	14,70 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %
Kostendeckungsgrad Gesamtprodukt (lt. BAB)	109,16 %	100,00 %	100,00 %	100,00 %
Notfallrettung mit Notarzt - Kostendeckungsgrad (lt. BAB)	105,47 %	100,00 %	100,00 %	100,00 %
Notfallrettung ohne Notarzt - Kostendeckungsgrad (lt. BAB)	112,45 %	100,00 %	100,00 %	100,00 %
Betreuungspflichtiger Krankentransport - Kostendeckungsgrad (lt. BAB)	109,45 %	100,00 %	100,00 %	100,00 %
Abrechnungsquote Rettungsdienst	85,30 %	92,80 %	92,59 %	92,59 %
Produktkosten je Einwohner	29,25 EUR	34,80 EUR	40,37 EUR	45,59 EUR
Produktträge je Einwohner	31,93 EUR	34,19 EUR	42,00 EUR	43,79 EUR
Anteil Aufwendungen Produkt 12700 an Gesamtaufwendungen LHP	0,89 %	1,04 %	1,16 %	1,32 %
Anteil Erträge Produkt 12700 an Gesamterträge LHP	0,96 %	1,05 %	1,21 %	1,27 %
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner	0,00 EUR	-0,61 EUR	1,63 EUR	-1,81 EUR

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 127 Rettungsdienst
 Produkt 12700 Rettungsdienstleistungen

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Teilergebnishaushalt		Vorläufiges Ergebnis 2012 €	Ansatz 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
Ertrags- und Aufwandsarten		1	2	3	4	5	6	7
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.623,90	300	2.400	1.600	1.600	1.600	1.300
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.076.475,40	5.648.000	7.014.100	7.394.900	7.649.000	7.836.700	7.902.400
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.829,91	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1,00	0	0	0	0	0	0
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
10	= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.090.930,21	5.652.300	7.020.500	7.400.500	7.654.600	7.842.300	7.907.700
11	- Personalaufwendungen	2.395.395,76	2.427.600	3.752.000	3.948.700	4.011.200	4.131.400	4.108.200
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.300.760,48	1.765.600	1.773.600	2.077.800	2.227.100	2.250.600	2.286.500
14	- Abschreibungen	75.194,52	62.600	39.500	35.300	40.600	44.800	56.500
15	- Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	766.013,80	1.336.700	1.014.800	1.465.700	1.507.800	1.551.300	1.595.900
17	= Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.537.364,56	5.592.500	6.679.900	7.527.500	7.786.700	7.978.100	8.047.100
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. - 17.)	553.565,65	59.800	440.600	-127.000	-132.100	-135.800	-139.400
19	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	0,00	0	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= 18. + 21.)	553.565,65	59.800	440.600	-127.000	-132.100	-135.800	-139.400
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= 22. + 25.)	553.565,65	59.800	440.600	-127.000	-132.100	-135.800	-139.400
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	126.301,87	160.000	168.900	178.600	178.600	178.600	178.600
29	= Gesamtergebnis des Teilergebnishaushalts	427.263,78	-100.200	271.700	-305.600	-310.700	-314.400	-318.000
30	Nachrichtlich: nicht zahlungswirksame Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
31	nicht zahlungswirksame Aufwendungen	9.623,90	300	2.400	1.600	1.600	1.600	1.300
		-404.578,42	62.600	-350.900	35.300	40.600	44.800	56.500

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 127 Rettungsdienst
 Produkt 12700 Rettungsdienstaufgaben

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Teilfinanzhaushalt (Investitionsmaßnahmen)		vorläufiges Ergebnis 2012 €	Ansatz 2014 €		Ansatz 2015 €		VE 2015 €		Ansatz 2016 €		VE 2016 €		Planung 2017 €		Planung 2018 €		Planung 2019 €	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9							
Einzahlungs- und Auszahlungsarten																		
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	+ Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	+ Einzahlungen aus Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	+ Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für Investitionen Dritter	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	20.230,00	10.000	8.700	0	4.000	0	6.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
12	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	- Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen	27.781,37	59.500	60.800	0	64.700	0	53.300	92.400	92.400	92.400	92.400	92.400	92.400	92.400	92.400	92.400	92.400
14	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	- Sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	48.011,37	69.500	69.500	0	68.700	0	59.300	102.400	102.400	102.400	102.400	102.400	102.400	102.400	102.400	102.400	79.800
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	-48.011,37	-69.500	-69.500	0	-68.700	0	-69.300	-102.400	-102.400	-102.400	-102.400	-102.400	-102.400	-102.400	-102.400	-102.400	-79.800

Produktbereich	12 Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	127 Rettungsdienst
Produkt	12700 Rettungsdienstleistungen

Verantwortliche/r Leiter/in:	37 - Wolfgang Hülsebeck
------------------------------	-------------------------

Erläuterungen zum Produkt:

Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KommHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 gehört dieses Produkt zum Budget 37 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 127 Rettungsdienst
 Produkt 12701 Regionalleitstelle

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Produktbeschreibung

Produktbeschreibung

Merkmale des Produktes sind die Annahme von Hilfeersuchen aller Art, die Einschätzung und Beurteilung von Gefahrensituationen, die Einleitung der notwendigen Maßnahmen, die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und die Koordinierung der Einsatzmittel.

zuständiger Sachausschuss

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung

freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe, pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - BbgBKGG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. I S. 197), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I, S. 202[206])

Gesetz über den Rettungsdienst im Land Brandenburg (Brandenburgisches Rettungsdienstgesetz - BbgRettG) in der Fassung der Bekanntgabe vom 14. Juli 2008 (GVBl./08, [NR10] S. 186)

Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen über die Einrichtung und den Betrieb von Leitstellen für den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (Leitstellenerlass) vom 7. April 1994 (ABl. Nr. 27, S. 400)

Verordnung über die Bildung von Regionalstellen für den Brandschutz, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz im Land Brandenburg (Regionalleitstellenverordnung - RLSV) vom 6. Mai 2007 (GVBl./07, [Nr. 10], S. 125)

Ziele

1. Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums von Bürgern
2. Schnellstmögliche Einleitung von Maßnahmen bei Bränden, Havarien, Katastrophen und sonstigen Unglücksfällen
3. Koordinierung des Einsatzes von Kräften und Mitteln
4. Dienstleistungen für die Landkreise und die Landeshauptstadt Potsdam

Zielgruppen

Eltern, Städtische GmbH, Zuwendungsempfänger, Einwohnerinnen/Einwohner, Einwohnerinnen/Einwohner Umland, Unternehmerinnen/Unternehmer, Besucherinnen/Besucher, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen/Migranten, Kinder, Jugendliche, Seniorinnen/Senioren, Schülerinnen/Schüler, Auszubildende, Studentinnen/Studenten, Leistungsberechtigte, Fachbereiche, Verwaltungsführung, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, andere Verwaltungen, Grundstückseigentümerinnen/Grundstückseigentümer, Stadtverordnetenversammlung

wesentliche Leistungen

Regionalleitstelle- Anteil Potsdam
 Regionalleitstelle- Bereich Havelland
 Regionalleitstelle- Bereich Ostprignitz-Ruppin
 Regionalleitstelle- Bereich Prignitz

	Vorläufiges Ist 2012		Plan 2014		Plan 2015		Plan 2016	
	0,00	VZE	40,00	VZE	43,00	VZE	42,50	VZE
Kennzahlen								
Stellenausstattung laut Stellenplan	74,82	%	100,00	%	67,93	%	69,45	%
Kostendeckungsgrad (lt. BAB)	64,32	EUR	70,64	EUR	67,92	EUR	73,00	EUR
Kosten je Besetzstunde (lt. BAB)	4,52	Anz	4,64	Anz	5,12	Anz	5,06	Anz
normierter Personalfaktor	17,22	EUR	18,19	EUR	18,20	EUR	19,35	EUR
Produktkosten je Einwohner								

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 127 Rettungsdienst
 Produkt 12701 Regionalleitstelle

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

	12,89 EUR	12,77 EUR	12,52 EUR	13,41 EUR
Produkteträge je Einwohner	0,52 %	0,55 %	0,52 %	0,56 %
Anteil Aufwendungen Produkt 12701 an Gesamtaufwendungen LHP	0,39 %	0,39 %	0,36 %	0,39 %
Anteil Erträge Produkt 12701 an Gesamterträge LHP	0,00 EUR	-5,42 EUR	-5,68 EUR	-5,93 EUR
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner				
Produktbeschreibung				
Merkmale des Produktes sind die Annahme von Hilfeersuchen aller Art, die Einschätzung und Beurteilung von Gefahrensituationen, die Einleitung der notwendigen Maßnahmen, die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und die Koordinierung der Einsatzmittel.				
zuständiger Fachausschuss				
Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung				
Aufgabenklassifizierung				
freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe, pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung				
Auftragsgrundlage				
Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - BbgBKGG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. I S. 197), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I, S. 202[206])				
Gesetz über den Rettungsdienst im Land Brandenburg (Brandenburgisches Rettungsdienstgesetz - BbgRettG) in der Fassung der Bekanntgabe vom 14. Juli 2008 (GVBl.I/08, [NR10] S. 186)				
Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheits und Frauen über die Einrichtung und den Betrieb von Leitstellen für den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (Leitstellenerlass) vom 7. April 1994 (ABl. Nr. 27, S. 400)				
Verordnung über die Bildung von Regionalstellen für den Brandschutz, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz im Land Brandenburg (Regionalleitstellenverordnung - RLSV) vom 6. Mai 2007 (GVBl.II/07, [Nr. 10], S. 125)				
Ziele				
1. Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums von Bürgern				
2. Schnellstmögliche Einleitung von Maßnahmen bei Bränden, Havarien, Katastrophen und sonstigen Unglücksfällen				
3. Koordinierung des Einsatzes von Kräften und Mitteln				
4. Dienstleistungen für die Landkreise und die Landeshauptstadt Potsdam				
Zielgruppen				
Eltern, Städtische GmbH, Zuwendungsempfänger, Einwohnerinnen/Einwohner, Einwohnerinnen/Einwohner Umland, Unternehmerinnen/Unternehmer, Besucherinnen/Besucher, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen/Migranten, Kinder, Jugendliche, Seniorinnen/Senioren, Schülerinnen/Schüler, Auszubildende, Studentinnen/Studenten, Leistungsberechtigte, Fachbereiche, Verwaltungsführung, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, andere Verwaltungen, Grundstückseigentümerinnen/Grundstückseigentümer, Stadtverordnetenversammlung				
wesentliche Leistungen				
Regionalleitstelle- Anteil Potsdam				
Regionalleitstelle- Bereich Havelland				
Regionalleitstelle- Bereich Ostprignitz-Ruppin				
Regionalleitstelle- Bereich Prignitz				
Kennzahlen				
Stellenausstattung laut Stellenplan	Vorläufiges Ist 2012	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	0,00 VZE	40,00 VZE	43,00 VZE	42,50 VZE

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 127 Rettungsdienst
 Produkt 12701 Regionalleitstelle

Verantwortliche/r Leiter/In:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

	74,82 %	100,00 %	67,93 %	69,45 %
Kostendeckungsgrad (lt. BAB)	64,32 EUR	70,84 EUR	67,92 EUR	73,00 EUR
Kosten je Besetzstunde (lt. BAB)	4,52 Anz	4,64 Anz	5,12 Anz	5,06 Anz
normierter Personalfaktor	17,22 EUR	18,19 EUR	18,20 EUR	19,35 EUR
Produktkosten je Einwohner	12,89 EUR	12,77 EUR	12,52 EUR	13,41 EUR
Produktbeiträge je Einwohner	0,52 %	0,55 %	0,52 %	0,56 %
Anteil Aufwendungen Produkt 12701 an Gesamtaufwendungen LHP	0,39 %	0,39 %	0,36 %	0,39 %
Anteil Erträge Produkt 12701 an Gesamterträge LHP	0,00 EUR	-5,42 EUR	-5,68 EUR	-5,93 EUR
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner				

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 127 Rettungsdienst
 Produkt 12701 Regionalleitstelle

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Teilergebnishaushalt		Vorläufiges Ergebnis 2012 €	Ansatz 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
		1	2	3	4	5	6	7
Ertrags- und Aufwandsarten								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	163.814,74	47.700	67.400	56.100	52.700	48.400	47.600
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0	0	0	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	295,02	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.866.883,27	2.042.400	2.005.900	2.191.200	2.228.100	2.270.500	2.312.900
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	23.870,50	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
10	= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.054.863,53	2.110.100	2.093.300	2.267.300	2.300.800	2.338.900	2.380.500
11	- Personalaufwendungen	1.809.967,19	2.002.100	2.192.300	2.261.000	2.297.400	2.338.300	2.369.900
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	556.617,22	529.200	568.600	577.700	592.100	601.500	616.500
14	- Abschreibungen	60.932,88	126.800	77.500	70.800	71.100	73.600	85.100
15	- Transferaufwendungen	37.000,00	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	194.812,99	202.100	71.000	224.400	226.300	228.300	230.200
17	= Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.659.330,28	2.897.200	2.946.400	3.170.900	3.223.900	3.278.700	3.338.700
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. - 17.)	-604.466,75	-787.100	-853.100	-903.600	-923.100	-939.800	-958.200
19	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	0,00	0	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= 18. + 21.)	-604.466,75	-787.100	-853.100	-903.600	-923.100	-939.800	-958.200
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= 22. + 25.)	-604.466,75	-787.100	-853.100	-903.600	-923.100	-939.800	-958.200
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	87.175,37	109.500	96.300	99.500	99.500	99.500	99.500
29	= Gesamtergebnis des Teilergebnishaushalts	-691.642,12	-896.600	-949.400	-1.003.100	-1.022.600	-1.039.300	-1.057.700
30	Nachrichtlich: nicht zahlungswirksame Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
31	nicht zahlungswirksame Aufwendungen	70.301,16	47.700	67.400	56.100	52.700	48.400	47.600
		-48.125,52	163.800	-37.000	107.800	108.100	110.600	122.100

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 127 Rettungsdienst
 Produkt 12701 Regionalleitstelle

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Teilfinanzhaushalt (Investitionsmaßnahmen)	vorläufiges Ergebnis 2012	Ansatz 2014		Ansatz 2015		VE 2015		Ansatz 2016		VE 2016		Planung 2017		Planung 2018		Planung 2019	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9							
Einzahlungs- und Auszahlungsarten																	
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	52.008,12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2 + Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 + Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4 + Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5 + Einzahlungen aus Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6 + Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7 + Sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8 = Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	52.008,12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Investitionstätigkeit																	
9 – Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10 – Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für Investitionen Dritter	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11 – Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	43.789,42	10.000	10.000	10.000	0	19.300	0	10.000	0	10.000	0	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
12 – Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13 – Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen	45.000,43	201.200	25.000	25.000	0	156.900	0	76.200	0	82.200	0	76.200	82.200	82.200	130.200	130.200	130.200
14 – Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15 – Sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16 = Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	88.789,85	211.200	35.000	35.000	0	176.200	0	86.200	0	92.200	0	86.200	92.200	92.200	140.200	140.200	140.200
17 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-36.781,73	-211.200	-35.000	-35.000	0	-176.200	0	-86.200	0	-92.200	0	-86.200	-92.200	-92.200	-140.200	-140.200	-140.200

Produktbereich	12 Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	127 Rettungsdienst
Produkt	12701 Regionalleitstelle

Verantwortliche/r Leiter/in: 37 - Wolfgang Hülsebeck

Erläuterungen zum Produkt:

Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 gehört dieses Produkt zum Budget 37 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 128 Katastrophenschutz
 Produkt 12800 Katastrophenschutz

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Produktbeschreibung

Produktbeschreibung

Kennzeichnend für dieses Produkt ist es - im Sinne des Zivil- und Katastrophenschutzes - Schadensereignisse abzuwehren, Ereigniszustände zu beseitigen und die notwendigen Maßnahmen der Vorsorge zu treffen.

zuständiger Sachausschuss

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung

pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz -BbgBK) vom 24. Mai 2004, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I. S. 202[206])
 Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern zum Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz vom 30. November 2005
 Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz - ZSKG) Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz vom 25. März 1997, zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 29. Juli 2009
 Gemeinsamer Runderlass "Organisation und Planung der Zivilen Verteidigung in den Landkreisen und kreisfreien Städten vom 16. April 1999
 Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft (Wassersicherungsgesetz) WasSIG (Ausfertigungsdatum: 24. August 1965) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. August 2005
 Gesetz über die Sicherstellung der Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft (Ernährungssicherstellungsgesetz -ESG) (Ausfertigungsdatum: 24. August 1965) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1990, zuletzt geändert am 31. Oktober 2006
 Ernährungsvorsorgegesetz (EVG) vom 20. August 1990

Ziele

1. Rettung von Menschen, Tieren
2. Schutz von Sachwerten und der Umwelt
3. Verhinderung der Schadensausbreitung

Zielgruppen

Einwohnerinnen/Einwohner, Einwohnerinnen/Einwohner Umland, Unternehmerinnen/Unternehmer, Besucherinnen/Besucher, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen/Migranten, Kinder, Jugendliche, Seniorinnen/Senioren, SchülerInnen/Schüler, Auszubildende, Studentinnen/Studenten, Fachbereiche, Verwaltungsführung, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, andere Verwaltungen, Grundstückseigentümerinnen/Grundstückseigentümer, Stadtverordnetenversammlung

wesentliche Leistungen

Katastrophenschutz

	Voriäufiges Ist 2012	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kennzahlen				
Stellenausstattung laut Stellenplan	0,00 VZE	2,00 VZE	2,00 VZE	2,00 VZE
Kostendeckungsgrad	10,43 %	2,99 %	12,45 %	15,91 %
Anteil Erträge Produkt 12800 an Gesamterträge LHP	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,01 %
Anteil Aufwendungen Produkt 12800 an Gesamtaufwendungen LHP	0,04 %	0,05 %	0,04 %	0,05 %
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner	0,00 EUR	-1,47 EUR	-1,35 EUR	-1,38 EUR

Produktbeschreibung

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 128 Katastrophenschutz
 Produkt 12800 Katastrophenschutz

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Kennzeichnend für dieses Produkt ist es - im Sinne des Zivil- und Katastrophenschutzes - Schadensereignisse abzuwehren, Ereigniszustände zu beseitigen und die notwendigen Maßnahmen der Vorsorge zu treffen.

zuständiger Fachausschuss

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Aufgabenklassifizierung

pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz -BbgBK) vom 24. Mai 2004, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I. S 202[206])
 Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern zum Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz vom 30. November 2005
 Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz - ZSKG) Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz vom 25. März 1997, zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 29. Juli 2009
 Gemeinsamer Rundrass "Organisation und Planung der Zivilen Verteidigung in den Landkreisen und kreisfreien Städten vom 16. April 1999
 Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung (Wassersicherstellungsgesetz) WasSIG (Ausfertigungsdatum: 24. August 1965) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. August 2005
 Gesetz über die Sicherstellung der Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft (Ernährungssicherstellungsgesetz -ESG) (Ausfertigungsdatum: 24. August 1965) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1990, zuletzt geändert am 31. Oktober 2006
 Ernährungsvorsorgegesetz (EVG) vom 20. August 1990

Ziele

1. Rettung von Menschen, Tieren
2. Schutz von Sachwerten und der Umwelt
3. Verhinderung der Schadensausbreitung

Zielgruppen

Einwohnerinnen/Einwohner, Einwohnerinnen/Einwohner Umland, Unternehmerinnen/Unternehmer, Besucherinnen/Besucher, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen/Migranten, Kinder, Jugendliche, Seniorinnen/Senioren, SchülerInnen/Schüler, Auszubildende, Studentinnen/Studenten, Fachbereiche, Verwaltungsbereiche, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, andere Verwaltungen, Grundstückseigentümerinnen/Grundstückseigentümer, Stadtverordnetenversammlung

wesentliche Leistungen

Katastrophenschutz

	Vorfälliges Ist 2012	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kennzahlen				
Stellenausstattung laut Stellenplan	0,00 VZE	2,00 VZE	2,00 VZE	2,00 VZE
Kostendeckungsgrad	10,43 %	2,99 %	12,45 %	15,91 %
Anteil Erträge Produkt 12800 an Gesamterträge LHP	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,01 %
Anteil Aufwendungen Produkt 12800 an Gesamtaufwendungen LHP	0,04 %	0,05 %	0,04 %	0,05 %
Zuschuss (-) bzw. Überschuss (+) pro Einwohner	0,00 EUR	-1,47 EUR	-1,35 EUR	-1,38 EUR

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 128 Katastrophenschutz
 Produkt 12800 Katastrophenschutz

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Teilergebnishaushalt		Verantwortliche/r Leiter/in: 37 - Wolfgang Hülsebeck						
		Vorläufiges Ergebnis 2012 €	Ansatz 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
Ertrags- und Aufwandsarten		1	2	3	4	5	6	7
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.227,36	0	32.100	44.000	44.000	44.000	44.000
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0	0	0	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.300,80	7.500	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
10	= Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	23.528,16	7.500	32.100	44.000	44.000	44.000	44.000
11	- Personalaufwendungen	110.040,60	113.200	120.200	122.000	122.900	124.700	126.500
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	64.077,50	119.000	68.200	68.700	70.500	71.100	73.000
14	- Abschreibungen	10.176,71	5.700	53.900	70.200	75.600	82.800	95.500
15	- Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.796,32	2.200	3.000	3.000	3.000	3.100	3.100
17	= Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	187.091,13	240.100	245.300	263.900	272.000	281.700	298.100
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= 10. - 17.)	-163.562,97	-232.600	-213.200	-219.900	-228.000	-237.700	-254.100
19	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	0,00	0	0	0	0	0	0
22	= Ordentliches Ergebnis (= 18. + 21.)	-163.562,97	-232.600	-213.200	-219.900	-228.000	-237.700	-254.100
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= 22. + 25.)	-163.562,97	-232.600	-213.200	-219.900	-228.000	-237.700	-254.100
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.196,57	11.100	12.500	12.700	12.700	12.700	12.700
29	= Gesamtergebnis des Teilergebnishaushalts	-176.759,54	-243.700	-225.700	-232.600	-240.700	-250.400	-266.800
30	Nachrichtlich: nicht zahlungswirksame Erträge	0,00	0	0	0	0	0	0
31	nicht zahlungswirksame Aufwendungen	2.634,97	0	32.100	44.000	44.000	44.000	44.000
		10.675,42	5.700	53.900	70.200	75.600	82.800	95.500

Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung
 Produktgruppe 128 Katastrophenschutz
 Produkt 12800 Katastrophenschutz

Verantwortliche/r Leiter/in:
 37 - Wolfgang Hülsebeck

Teilfinanzhaushalt (Investitionsmaßnahmen)		vorläufiges Ergebnis 2012 €	Ansatz 2014 €	Ansatz 2015 €	VE 2015 €	Ansatz 2016 €	VE 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungs- und Auszahlungsarten										
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	191.591,89	0	238.000	0	0	0	0	0	0
2	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
4	+ Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
5	+ Einzahlungen aus Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
6	+ Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
8	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	191.591,89	0	238.000	0	0	0	0	0	0
9	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
10	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für Investition Dritter	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
11	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
13	- Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen	328.449,05	2.300	342.300	0	2.300	0	112.300	22.000	210.000
14	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
15	- Sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	328.449,05	2.300	342.300	0	2.300	0	112.300	22.000	210.000
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	-136.857,16	-2.300	-104.300	0	-2.300	0	-112.300	-22.000	-210.000

Produktbereich	12 Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	128 Katastrophenschutz
Produkt	12800 Katastrophenschutz

Verantwortliche/r Leiter/in:	37 - Wolfgang Hülsebeck
------------------------------	-------------------------

Erläuterungen zum Produkt:

Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 gehört dieses Produkt zum Budget 37 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).